

als falsch erkannte Prinzipien durch richtige ersetzt werden, daß die Politik der Arbeiterklasse die Oberhand gewinnt über die Politik der bisher herrschenden Klasse, daß alle Machtverhältnisse umgestürzt werden und neue Rechtsverhältnisse an ihre Stelle treten. (Lebhafter Beifall.)

Das ist der Kampf, den wir deutschen Sozialdemokraten auch im Frieden mit friedlichen Mitteln fortzusetzen gedenken. In diesem Sinne heißt es für uns: wir sind geschlagen, jawohl — —, nun aber auf, und vorwärts, vorwärts zum Sieg! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

**Bernstein:** Wenn es sich nur darum handelte, die allgemeine Grundlage für eine sozialistische auswärtige Politik festzustellen, dann könnte ich nach Scheidemanns Ausführungen auf mein Referat verzichten. Was er zuletzt gesagt hat, unterschreibt wohl jeder Parteigenosse. (Beifall.) Aber die Welt ist kompliziert, und die Fragen, die zur Entscheidung stehen, sind sehr verschiedenartig. So leicht wird es uns nicht gemacht, daß wir uns mit allgemein gehaltenen grundsätzlichen Erklärungen weiterhelfen könnten. Zwei Fragen haben wir uns vorzulegen, wenn wir die auswärtige Politik der deutschen Republik in ihrem großen Zusammenhang betrachten. Wir haben eine Untersuchung anzustellen über die Einwirkung der Partei auf die Politik der deutschen Republik, und über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie — worauf auch Scheidemann hingewiesen hat — innerhalb der sozialistischen Internationale. Die Partei wird in erster Hinsicht für die Politik der Republik verantwortlich gemacht. Da entsteht die Frage, wie weit ist das tatsächlich der Fall? Die deutsche Regierung, in der unsere Genossen sitzen, ist eine Koalitionsregierung, und die Entscheidungen, die in ihr getroffen werden, sind Kompromisse. Auch darauf hat Scheidemann bereits hingewiesen. Er sagte, wenn auch in einem anderen Zusammenhang, wir sind zuweilen genötigt, Wasser in den Wein zu gießen. Ja, in der auswärtigen Politik steht es sogar so, daß der Minister, der Staatssekretär, der speziell sie zu führen hat, kein Mitglied der Sozialdemokratie, kein Sozialdemokrat ist. Ich bin nicht blind gegen die Vorzüge des Grafen von Brockdorff-Rantzau. Ich erkenne gern an, daß er in verschiedenen Punkten sich wohlthätig unterscheidet von anderen nichtsozialdemokratischen Staatsmännern. Aber ich tue ihm kein Unrecht, wenn ich sage: internationaler Sozialist ist er nicht. (Große Heiterkeit.) Ich will gar nicht von anderen Persönlichkeiten sprechen, die in der auswärtigen Politik der Deutschen Republik zurzeit hineinspielen. Ich will nicht auf die Persönlichkeit des sehr betriebamen und wandlungsfähigen Matthias Erzberger hinweisen. Aber aus ganz anderen Gründen allerdings, als ein Teil seiner bürgerlichen Kritiker will ich sagen, daß ich seinen Einfluß, seine Rolle in der deutschen Auslandspolitik schon verschiedentlich zu bedauern Anlaß hatte. Indes die Dinge liegen nun einmal so. Nicht in jedem Augenblick kann die Republik ihr Personal wechseln. Ich erkenne das an. Aber weiß dem so ist, kann die Sozialdemokratische Partei um so weniger auf das Recht der Kritik der auswärtigen Politik gegenüber verzichten.

Es handelt sich in Deutschland um die Auffklärung unseres Volkes und draußen eben um die Stellung unserer Partei in der sozialistischen Internationale, um die Frage des Vertrauens dieser in unsere Partei, welches ja darüber können wir uns gar nicht täuschen, in weiten Kreisen der sozialistischen Welt schwer erschüttert und noch nicht wiederhergestellt ist. Das ist nun eine wichtigere Frage als die meisten von ihnen es sich vorstellen. Kurt Eisner sprach auf der Internationalen sozialistischen Konferenz, die im Frühjahr dieses Jahres getagt hat, ein sehr wahres Wort, als er sagte: die Internationale ist ein wertloses Werkzeug, wenn sie nicht auf sicherem gegenseitigen

Vertrauen beruht. Und von welcher Bedeutung die Internationale für die praktische Politik ist, das erleben wir gerade im gegenwärtigen Augenblick. Genossen, weshalb die Sozialdemokratische Partei Deutschlands das früher genoßene große Vertrauen, ich kamf weiter geben und sagen: die große Liebe eingebüßt hat, das ist ja allgemein bekannt. Ich würde daher nicht heute darauf zurückkommen, wenn nicht der Genosse Wels vorgeitern in seinen Ausführungen verschiedene Bemerkungen gemacht hätte, die mir der Antwort nicht nur wert, sondern auch bedürftig erschienen. Ich will es so kurz, wie nur möglich, tun. Wir wollen alle vorwärts und nach Möglichkeit das Rückblicken vermeiden. Ganz zu umgehen ist es freilich nicht.

Wels meinte, was man jetzt sehe, das heißt die Friedensforderungen, die von den Gegenmächten an Deutschland gestellt werden, die bewiesen die Nichtigkeit der Politik des 4. August. Nein, wer te Genossen, wenn für diese Politik keine besseren Argumente geltend gemacht werden können, dann steht es recht schlimm um sie. Was wir jetzt vor uns sehen, das ist das Ergebnis von 4½ Jahren Krieg, der geführt wurde mit Mitteln, welche die Partei zum Teil selbst verdammt hat, und von dem die Partei selbst zugibt, daß die deutschen Regierer im Jahre 1914 zum mindesten im hohen Grade für sie verantwortlich sind. Was wir heute vor uns sehen, das konnte niemand am 4. August 1914 voraussehen, und wenn er den berühmten Fernblick des Wunderabbl von Wink besessen hätte. Und wenn man es vorausgesehen hätte, wäre es erst recht ein Grund gewesen, damals nein zu sagen. Ich will niemand zu nahe treten. Ich will vor allen Dingen, und habe es niemals getan, niemandem, der anders darüber denkt als ich, den guten Glauben bestreiten. Aber für meine Person kann ich heute nur wiederholen, was ich schon im Herbst 1914 in einer Vertrauensmännerversammlung in Berlin erklärt habe: für mich ist der 3. und 4. August 1914 der schwärzeste Tag meines ganzen politischen Lebens. (Vereingeltes Brau!) Nach meiner Auffassung war unsere Abtimmung damals ein Unheil, ein Unheil für unser Volk, ein Unheil für die Kulturwelt. Hätten wir nein gesagt, wozu wir das gute Recht gehabt hätten nach allem, was wir sahen, oder hätten wir uns, worauf die damalige Regierung vorbereitet war, der Stimme enthalten, wäre es dem deutschen Volke wahrhaftig nicht schlechter gegangen, als es ihm heute geht. Nur wären Millionen Menschen weniger gefallen und Millionen weniger verkrüppelt worden. (Große Unruhe und Beifall.)

Werte Genossen! Es ist mir seinerzeit gesagt worden, daß, als Sir Edward Grey die deutsche Regierung durch den englischen Botschafter Edward Goschen und den deutschen Botschafter Riknowsky wissen ließ, daß England nicht fernbleiben könne, wenn Frankreich angegriffen werde — daß damals Herr von Bethmann Hollweg an dem verhängnisvollen 31. Juli den Kaiser kniefällig gebeten habe, den Krieg nicht zu erklären. Das macht vielleicht dem guten Herzen des Herrn von Bethmann Hollweg alle Ehre, aber wenn er ein Mann von Festigkeit und Charakter gewesen wäre, dann hätte er sagen müssen: dann gehe ich, wenn dieser Krieg gemacht wird.

Wie sah es aber 1914 aus? In Frankreich war eine Friedensregierung am Ruder. Im Juni 1914 hatten die Wahlen eine Niederlage der Kriegspartei ergeben. An der Spitze der französischen Republik als Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen stand Viviani, der Freund von Jaurès, der Mann, der trotz des Konflikts mit der Partei . . . (Rufe: Poincaré!) — Genossen! Was Poincaré anbetrifft, so lest seinen Brief, den er am 31. Juli an den König von England geschrieben hat, wo er ihn beantwortet hat, im Interesse des Friedens einzutreten. Aber die Viviani, die Abel, Ferry und Malvy, die wollten den Krieg nicht. Und wer stand in England an der Spitze

der Regierung! Asquith, Grey, Salome, die Leute, die heute für das deutsche Recht noch eintreten gegen die Friedensbedingungen, die Leute, von denen selbst Jagow zugibt, daß sie den Krieg nicht wollten. Der Friede war zu erhalten. Es waren ganz andere Elemente, die auf den Krieg hindrängten, die die Macht in die Hand bekamen. Jagow hat es Goshen gesagt: Die Generale haben die Sache in der Hand, und wir sind jetzt ohnmächtig. Das haben wir am 4. August allerdings nicht gewußt. Aber die Frage ist, warum man, als man etwas näher informiert war, an dieser Politik festgehalten hat. Wer ist heute in Frankreich am Ruder? Clemenceau und die Nationalisten! Wer ist heute in England am Ruder? Lloyd George, Bonar Law, die Unionisten, die Tories. Und durch den Krieg, nicht vorher!

Genossen! Die Friedensbedingungen, die uns von den Alliierten auferlegt werden, sind hart, sehr hart und zum Teil — das sage ich offen und habe ich in englischen Blättern, in dem „Daily Herald“ gesagt — einfach unmöglich. Aber auch Scheidemann hat das anerkannt: die Notwendigkeit eines großen Teils davon, der auch sehr schwer ist, erkennen wir an. Neun Zehntel davon sind Notwendigkeiten. (Stärkter Widerspruch.) Neun Zehntel davon sind unabwiesbare Notwendigkeiten. (Stürmischer anhaltender Widerspruch und große Unruhe. Rufe: Stand!.) Werte Genossen! Dann deavouieren Sie ja das Anerbieten der deutschen Regierung selbst, das neun Zehntel davon zugibt (erneuter lebhafter Widerspruch); das Anerbieten der deutschen Regierung selbst empfiehlt einen großen Teil der Bedingungen, ja, wir acht Zehntel, aber es ist ein großer Teil. Vergessen Sie eins nicht: Frankreich ist unter den Wirkungen dieses Krieges schwerer getroffen worden als Deutschland. Das wird Euch jeder Fachmann sagen. (Fortgesetzte Unruhe.) Denkt daran, was in Belgien geschehen ist. (Rufe: Denken Sie an Ostpreußen!) Das muß ich zurückweisen. Als die Russen in Ostpreußen eindringen, gab es noch keine unabhängige Sozialdemokratie, da waren wir gegen den Krieg, aber nicht gegen die Bewilligung, gegen die Mitverantwortung. Und wer hat denn Ostpreußen preisgegeben? Uns hat man gesagt: der Krieg geht gegen Rußland. Und wo war die größte Kraft Deutschlands? Die größte Kraft Deutschlands wurde gegen Westen, gegen Belgien und Frankreich geworfen.

Werte Genossen, hört doch ruhig zu; ich spreche nicht zu dem Zweck, die Uneinigkeit in unsere Reihen zu tragen. (Zuruf: Damit doch!) Ja, Meinungsverschiedenheiten werden sein (Sehr richtig!), sie können wir nicht aus der Welt schaffen und es ist gut, daß sie da sind (Sehr richtig!), daß nicht alle sich der Parole fügen. Ihr zwingt mich nun durch Eure Unterbrechungen, noch einen Punkt zu erörtern, auf den ich nicht eingehen wollte. Was mich einigermaßen entschuldigen könnte, das war, daß ich am 3. und 4. August der Meinung war, Deutschland würde sich nach Westen hin auf seine starke Defensivstellung stützen und seine ganze Kraft nach Osten wenden. Als ich etwas später das schrieb, bin ich von einem, der für Hindenburg schwärmt, verhöhnt worden. Ich habe aber nachträglich erfahren, und das ist auch in die Öffentlichkeit gekommen, daß sehr einflußreiche, sehr kenntnisreiche Leute im Generalkstab derselben Meinung waren. (Hört, hört!) Ich bin kein Militär, aber ich glaube etwas von der Politik zu verstehen, und die Tatsachen, die uns seitdem bekannt geworden sind, haben das bekräftigt: Es wäre für Frankreich beinahe unmöglich gewesen, bei der Haltung der Sozialisten, den Krieg zu machen, wenn Deutschland nicht den Krieg erklärt hätte und ins Land eingedrungen wäre. Jedenfalls wäre die Stimmung eine andere gewesen. Wels spricht so, als ob es drüben nur Imperialisten gäbe. Ich möchte daher warnen, mit dem Wort Imperialismus in einer Weise herumzuspringen, daß es jede

Bedeutung verliert. Imperialisten gibt es drüben sehr, einflußreiche Imperialisten gibt es in allen Ländern, aber wenn wir die Situation richtig erfassen wollen, dann müssen wir auch wissen und berücksichtigen, daß es drüben noch andere Parteien, daß es große Klassen gibt, die nicht von dem Gift angesteckt sind. Diese Worte werden heute teilweise in einer Weise gebraucht, daß sie nichts mehr erklären, daß sie anfangen zu verkommen. Man glaubt, wenn man auf etwas ein marxistisches Wort aufklebt, man habe dann die Wahrheit. Die Bolschewisten nennen jeden Imperialist, der für nationale Zusammenfassung eintritt. Sie nennen auch Scheidemann, auch die heutige Regierung der Republik Imperialisten, und Kadel hat noch ein schöneres Wort geprägt (Zuruf: Der ist überhaupt der schönste! — Heiterkeit), das Wort „Sozialpatrioten“ — ein sinnloses Wort, das gar nichts sagt und das jedem nach Belieben angehängt wird. (Sehr wahr!) Patriotismus ist an sich nichts Verwerfliches, es kann etwas sehr Anerkennenswertes sein, und unsere Haltung, auch die meine ist wahrhaftig nicht diktiert durch Mangel an patriotischem Empfinden. (Bravo.) Die Forderungen, die an Deutschland gestellt werden, und die zum Teil sehr harter Natur sind, haben zu einem großen Teil mit Imperialismus wenig zu tun.

Genossen, nehmt eine praktische Frage heraus, die Frage der Bestimmung der deutschen Grenzen. Was fordert das Friedensprogramm der Alliierten? Die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 vor der ersten polnischen Teilung. Parteigenossen, diese Forderung haben Karl Marx und Friedrich Engels noch in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts gestellt (Otto Braun: In dem Umfange nicht!) In dem Umfange vor 1772, das kann ich Ihnen beweisen. Lesen Sie nach in den Aufsätzen von Stajanoff im Archiv des Sozialismus von Grünberg über Marx und Engels zur polnischen Frage. (Braun: Maßuren hat in der Zeit nie zu Polen gehört.) Auch Lassalle selbst hat 1863 dieselbe Forderung gestellt, nur mit einer Ausnahme. Er erklärte: Die Gebiete, die germanisiert sind, sollen deutsch bleiben. (Zuruf: Na also!) Wir wollen ruhig darüber sprechen, hören Sie nur zu. (Zuruf: Oberschlesien!) Wir kommen auch darauf. Was Lassalle damals sagte, halte ich für grundsätzlich richtig. Unser Prinzip kann nicht sein, das alte historische Recht, das Jahrhunderte alt ist, nun neu zu beleben, wenn es mit dem Recht der Lebenden nicht übereinstimmt. Das Recht der lebenden Generation ist für uns Sozialdemokraten entscheidend, muß entscheidend sein, bei unserer Stellung zur auswärtigen Politik. (Sehr richtig!) Wie sieht es aber mit der Frage der Germanisierung? Nehmen Sie Sprachkarten zur Hand, André oder Pieper, dann werden Sie finden, daß diese Karten mit wenigen Unterschieden dieselben Linien geben, wie die Demarkationslinie der Entente. (Widerspruch.) Ich habe sie doch auch, ich kenne sie, wir wollen nur darüber sprechen, hört nur weiter. Ihr werdet schon hören, auch was Ihr gern wollt. Ähnlich liegt es mit Oberschlesien. Ich habe die Karte nicht mitgebracht, die der nationalliberale Geheimrat Sering jetzt für die Friedensbedingungen herausgegeben hat. Seht sie Euch an, dann werdet Ihr dasselbe finden. Oberschlesien ist 80 Jahre früher zu Preußen gekommen. Aber Genossen, auch die Sprache entscheidet nicht allein, ist nicht maßgebend für die nationale Zusammengehörigkeit. Wichtiger ist der politische Wille, die politische Gesinnung. (Sehr wahr!) Nun zeigt zwar auch die Karte der Reichstagswahlen, daß fast durchgängig dieselben Gebiete auch in Oberschlesien polnisch gewählt haben, die durch die Sprachkarte als polnisch gekennzeichnet werden. Dabei ist es jedoch sehr fraglich, ob alle diejenigen, die bei den Reichstagswahlen polnisch gewählt haben, damit einverstanden sein würden, zu Polen zu gehören. (Rufe: Aha! Niemand!) Darüber

wollen wir nicht streiten, das kann sein, ein Teil wird so denken, ein anderer Teil wird anders denken. Ich betone ja: wobei es sehr fraglich ist. (Zuruf: Der Redner Oberchlesens!) Genossen, hört mich doch ruhig an. Ist Eure Sache so schwach, daß Ihr bei jeder Gelegenheit dazwischenrufen müßt, ohne anzuhören, worauf ich hinaus will?! Eins kann ich Euch sagen: zu einem Verständnis auch über diese Fragen werden wir nur kommen, wenn wir den Dingen objektiv ins Gesicht sehen und auch das betonen und uns klar machen, was die anderen für ihre Forderungen geltend machen können. (Sehr richtig!) Es gibt sehr viele Leute in Deutschland, die die Dinge sehr genau kennen. Ich habe ja Gelegenheit, mit solchen Leuten zusammenzukommen, die sogar eine recht verantwortliche Stellung im Augenblick für die Friedensfrage, die da sagen: nur keine Volksabstimmung, sie könnte sehr schief ausgehen! (Murmur. Zuruf: Weißbrötchen-Abstimmung!) Aber es sind bei dieser wichtigen Frage noch andere Momente zu berücksichtigen. Da ist die Frage der Kultur, die Frage der wirtschaftlichen Zusammenhänge, da ist die Frage — Genosse Braun, jetzt kommen Sie zu Ihrem Recht — der örtlichen Gliederung der Bevölkerung. Es gibt Gebiete, die anscheinend der Sprache nach polnisch sind, wo in der Tat die Mehrheit polnisch spricht, in denen aber Städte ganzer Enklaven von Nichtpolen sind. All diese Tatsachen und Gesichtspunkte verlangen Berücksichtigung und beweisen, daß die Frage nicht auf eine Formel hin entschieden werden kann. Sie kann nicht formalistisch weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin, sie kann nur gelöst werden auf Grund einer vernünftigen Auseinandersetzung, um erträgliche Zustände an der deutschen Ostgrenze zu schaffen. Das Interesse der Deutschen Republik ist, in ein gutes Verhältnis mit dem werdenden polnischen Staat zu kommen, nicht nur aus Friedensgründen, sondern auch aus einer ganzen Reihe wirtschaftlicher Gründe. Wir wollen keine polnische, wir wollen keine deutsche Irredentia an unserer Ostgrenze haben, und darum fordern wir eine friedliche Lösung dieser Frage auf der Grundlage einer Verständigung unter Berücksichtigung der Umstände, die ich hier entwickelt habe. Das ist die Außenpolitik, welche in dieser Frage die Sozialdemokratie sich zur Aufgabe machen muß. Das zeigt aber auch, wie notwendig es ist, daß unsere Partei sich freihält von der Phraseologie und der Kampfesweise, der wir in der bürgerlichen Presse und von bürgerlicher Seite begegnen. Scheidemann, und ich glaube, auch Wels sagten: Was die da drüben wollen, das richtet sich gegen den Sozialismus, das frisst Deutschland, weil es sozialistisch ist. Täuscht Euch darüber nicht. Wir haben nicht nur noch Kapitalisten und werden sie noch eine Weile haben, wir haben auch Nationalisten, wir haben noch große Parteien, die heute den Mund wieder sehr voll nehmen und von denen man drüben noch nicht sicher weiß, ob sie so ohnmächtig in der deutschen Politik sind, wie wir alle wünschen, daß sie es sein müßten. Die Politik der Sozialdemokratie ist nicht gleichgültig gegen nationale Interessen des deutschen Volkes, darf es nicht sein, und kein vernünftiger Mensch drüben verlangt es von uns. Deswegen ist unsere Politik aber noch lange nicht nationalistisch, und noch viel weniger Imperialismus. Unsere Außenpolitik heißt Völkerpolitik, und auch die muß rationell betrieben werden. Wir müssen uns enthalten, in allen den großen Fragen ins Blaue hinein zu urteilen nach dem Anschein. In der polnischen Frage werden gerade die extremen Forderungen der polnischen Nationalisten hartnäckig von Wilson verteidigt, der sich auf diese Fragen festgebissen hat, obwohl er doch die genauen örtlichen Verhältnisse dort nicht kennt, obwohl er nicht weiß, wieviel von einer vernünftigen Lösung der oberchlesischen Frage für das wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes abhängt. (Sehr richtig!) Keine

Benignität, die doch ein gewisses Vertrauen genießt, ist nicht stumm gewesen, das der anderen Seite auseinanderzusetzen.

Wir können Wilson nicht den Vorwurf machen, daß er über Dinge urteilt, die er nicht kennt, wenn man bei uns denselben Fehler nicht vermeidet. Im „Vorwärts“ habe ich einen begeisterten Bericht über eine Versammlung gelesen, die am vorigen Sonnabend in Berlin gegen Völkerverflechtung stattgefunden hat. Als ich die Anzeige zu der Versammlung las, jagte ich mir: wenn unsere Regierung sich ihrer Aufgabe bewußt ist, sagt sie den Leuten: Werte Herren, lassen Sie das, es nützt Ihnen nichts, und es kann Deutschland nur schaden. Was war das für eine gemischte Gesellschaft! Da sollte Rudo Hartmann sprechen, er hat sich zuletzt vertreten lassen, und Herr Chatterton-Hill. Die Deutschösterreicher wendeten sich in bezug auf Deutschböhmen gegen das historische Recht, das die Tschechen für sich anrufen, wenn sie Deutschböhmen behalten wollen. Chatterton-Hill tritt ein für die Aufrechterhaltung des historischen Rechts in bezug auf Nordirland, das nicht bei dem nationalistischen Irland bleiben will. Beide Leute aber protestieren in derselben Versammlung, gewiß eine merkwürdige Sache. Dann trat in der Versammlung auf Herr Bogarts, der Flame, für das angeblich unterdrückte Flamenland. Unsere flämischen Parteigenossen Anjele, Guzmans, Wandervelde wollen von diesen Leuten nichts wissen, sie verachten sie. Nicht, daß sie gegen flämische Interessen blind sind. Im „Vorwärts“-Bericht werden diese Leute gepriesen. Was soll es für unsere Partei in der Welt bedeuten, wenn wir so kritisch in diesen Dingen vorgehen? Ist das die Außenpolitik der Sozialdemokratie? Unsere Presse sollte sich diesen Bewegungen gegenüber etwas kritischer verhalten. Ich bin in unserer Presse auf diesem Gebiete vielfach auf Artikel gestoßen, die nur Wasser auf die Mühle der Nationalisten sind. Ich teile durchaus den Wunsch, das Unheil, das Deutschland von den Friedensbedingungen droht, nach Möglichkeit von unserem Volke abzuwenden. Ich verlange aber, daß diese Bewegung auf intelligente Weise betrieben wird, daß man unserm Volke die Tatsachen vorführt, auf die sich die Forderungen gründen und nicht das Schreien der bürgerlichen Presse mitmacht.

Ich war im Februar dieses Jahres bei Gelegenheit der Internationalen Sozialistenkonferenz in der Schweiz und habe dort mit angesehenen Angehörigen der feindlichen Länder, namentlich mit Amerikanern, die es mit Deutschland wirklich wohl meinen, gesprochen. Sie haben mir erklärt: die Stellung Wilsons in der Entente sei ungemein geschwächt durch Reden und Erklärungen, die in Deutschland erfolgen; auf diese Dinge gestützt sagten die Franzosen zu Wilson: „Sehen Sie, Präsident, das ist noch das alte Deutschland, nur die Fassade ist geändert.“ Kurz vor seiner Rückreise nach Amerika hat Wilson in der Tat amerikanischen Journalisten gegenüber erklärt, er habe sich überzeugt, daß dieses neue Deutschland in wesentlichen Beziehungen noch gar nicht anders sei, als das alte Deutschland. (Zurufe.) Ich teile Euch das mit, damit Ihr wißt, was vertrieben werden muß, und was zu geschehen hat. Es zeigt auch, wie eng die innere Politik mit der auswärtigen Politik verbunden ist. Daher kann der Strich, der die Deutsche Republik von dem früheren System trennt, nicht stark und deutlich genug gezogen werden.

Das führt zu der Frage der Schuld und der Verantwortung. (Zuruf: Im Gottes Willen!) Warum das Zögern? Warum das Verschleppen der Feststellung, das Herumreden um die Kernfragen? Wels sagte vorgestern: ja, da macht man aus Nikolaus dem Zweiten einen Engel. Das tut kein Mensch, darum handelt es sich nicht. Es handelt sich um die hiesige Verantwortung. (Zuruf von Wels: Wenn ich von der Internationale spreche, spreche

ich auch von der internationalen Verantwortung, nicht nur von der deutschen! — Darauf werde ich gleich zu sprechen kommen. Wenn Ihr aber glaubt, die entscheidenden Schritte zu tun, dann zeigt Ihr dadurch, daß schließlich doch Eure Kritik gelähmt ist, wie sie im Kriege durch die Abstimmungen gelähmt war, daß Ihr zum Teil noch heute die Gefangenen der damaligen Abstimmung seid, und ich möchte Euch zurufen: Heraus aus diesem Turm, werdet endlich frei auch in dieser Sache. Was will die Internationale von Euch; sie ist nicht hart, sie ist nicht ungerecht gegen die deutsche Sozialdemokratie. (Weiterkeit.) (Zuruf von Wels: Sie ist nicht unjere Richterin!) Nicht Vandervelde, nicht Thomas, nicht Renaudel sind hart gegen Euch. (Zuruf: Alles Engel!) — Redet solche Worte nicht. Es sind Menschen wie wir alle. (Sehr richtig!) Vandervelde hat im Winter 1914/15 geschrieben: Ich mache den Deutschen keinen Vorwurf aus ihrer Abstimmung, sie haben geglaubt, bedroht zu sein, von Rußland angegriffen zu sein. Aus allen Neben, die in Bern gehalten worden sind, selbst aus allen Anklagen, könnte doch immer der kameradschaftliche Geist hindurch, der da sagte: Kommt heraus, und dann wollen wir zusammen wirken. Das war ja die ganze Stimmung auf der Berner Konferenz, und Genosse Müller wird nicht bestreiten, daß man Euch kollegialisch und freundschaftlich entgegengetreten ist und gesucht hat, die Vermittlungslinie zu finden. (Müller-Breslau: Mit wenigen Ausnahmen!) Mit ein paar Ausnahmen, aber doch im allgemeinen, und darauf kommt es an. Wie objektiv die Genossen in den feindlichen Ländern unsere Politik und unsere Lage beurteilt haben, das hat sich bereits gezeigt auf der Konferenz der Sozialisten der alliierten Länder, die im Jahre 1915 in London stattgefunden hat. Was ist dort über die Kriegfrage gesagt? Ich will es Ihnen vorlesen.

„Die Konferenz denkt nicht daran, die allgemeinen und tiefen Ursachen des europäischen Konflikts zu verkennen, der das ungeheureste Produkt ist der Europäer, welche die kapitalistische Gesellschaft gereißt, sowie der aggressiven Kolonial- und imperialistischen Politik, die der internationale Sozialismus nie unterlassen hat, zu bekämpfen, und an der alle Regierungen ihr Teil der Verantwortlichkeit tragen. Aber der Einfall der deutschen Armee in Frankreich und Belgien bedroht die Existenz der Nationen und untergräbt den Glauben an Verträge.“

Diese Erklärung haben sie 1917 in einer Denkschrift an die Konferenz in Stockholm wiederholt. Sagt doch nicht, daß sie uns eine Schuld aufladen wollen. Erkennt an, daß sie gerechter sind als wir.

Welche Resolution hat man ferner in Bern beschlossen? Ich will auch sie Ihnen vorlesen:

„Die Konferenz von Bern erkennt an, daß für sie die Frage der unmittelbaren Verantwortlichkeit des Krieges geklärt ist, sowohl durch die Aussprache, als auch durch die Erklärung der deutschen Mehrheit, die den revolutionären Geist des neuen Deutschland und dessen völlige Loslösung von dem für den Krieg verantwortlichen alten System befundet hat. Indem die Konferenz die deutsche Revolution begrüßt und die Entwicklung der demokratischen und sozialistischen Einrichtungen, die sie herbeiführte, sieht sie die Bahn frei für die gemeinsame Arbeit der Internationale.“

Die weiteren Erklärungen, die die deutschen Delegierten in der Debatte über den Völkerbund abgegeben haben, überzeugen die Konferenz, daß von nun an die vereinigten Arbeiterklassen der ganzen Welt die stärkste Macht zur Niederhaltung jedes Militarismus und aller Versuche, die internationale Demokratie zu vernichten, verbürgen und bewahren werden.

Die Konferenz steht in den auf ihr geführten Debatten eine fruchtbare Vorarbeit und überläßt es einem künftigen internationalen Kongreß, dessen Einberufung unter normalen Bedingungen erfolgen kann, über die weltgeschichtliche Frage der Verantwortlichkeiten das Urteil der Internationale zu fällen.“

Man wird zugeben, es ist durchaus kameradschaftlicher Geist, der aus dieser Resolution spricht. Wir müssen sie begrüßen. Ich hoffe, daß Sie die von mir beantragte Resolution annehmen werden, die sich gegenwärtig noch im Druck befindet, und die diesem Geist Rechnung zu tragen sucht. Was hat die Berner Konferenz getan, um die Resolution durchzuführen? Sie hat einen Ausschuß gewählt, der ihre Durchführung in den Ländern der Entente übernehmen soll. Am letzten Tage der Berner Konferenz hat diese Kommission, der Renaudel, Branting, Troelstra und der all die anderen Führer angehören, getagt. Ich habe bedeutet, daß die Delegation der S. P. D. bei dieser Sitzung nicht anwesend gewesen ist. Ich war als Gast zugegen und habe die Verhandlungen mit gehobenem Gefühl verfolgen dürfen. Ich war ergriffen von dem Ernst der Debatte, wie unsere Genossen der feindlichen Länder überlegen, was sie tun können und wollten, um den gegnerischen Machthabern in der Frage der Friedensbedingungen auf die Finger zu sehen. Der ganze Verlauf dieser Sitzung war einfach großartig. Amsterdam und Paris haben dann auch gezeigt, daß durchzuführen versucht wurde, was in Bern beschlossen worden war. Selbst in Belgien, wo der Haß gegen uns naturgemäß am stärksten war, haben sich verständlich gesinnte Genossen gefunden. Vandervelde und Ansele sind für die gemeinschaftlichen Beratungen in Bern eingetreten, aber die Konferenz der belgischen Partei hat es abgelehnt, die Berner Konferenz zu beschiden, weil die deutsche Mehrheitspartei dort vertreten sei. Sie werfen ihr vor, daß sie zu den in Belgien begangenen Gewalttaten geschwiegen. Oeffentlich hat die Fraktion ja auch geschwiegen zu vielen, was Deutschland vorzuwerfen war. Ich verleihe dieses Schweigen; in den Ausschüssen hat man darüber natürlich gesprochen und Remedur gefordert. Das Schweigen war auch eine Folge Eurer Abstimmung.

Die Resolution, die wir Ihnen vorlegen, verlangt nichts Unbilliges von der deutschen Sozialdemokratie. Es ist keine Zumutung, wenn man von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verlangt, zu bekennen, was von deutscher Seite gescheit ist. (Zuruf Otto Braun: Geschicht!) Genosse Braun, es geschieht, aber es geschieht nur halb. Machen wir uns doch frei von den Ehrgegriffen der Bourgeoisie, nur die Wahrheit, die volle Wahrheit kann uns nützen. Vermeiden wir vor allen Dingen auch die Winkelzüge bei den Beratungen über die Friedensbedingungen in Versailles.

Noch ein paar Worte über eine Frage, in der die Politik der Sozialdemokratischen Partei auch unglücklich gewesen ist: die elsass-lothringische Frage. Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei während des Krieges in dieser Frage ist sehr, sehr kritikbedürftig, hat man doch sogar das nationale Selbstbestimmungsrecht Elsaß-Lothringens verleugnet, Babel und Liebflecht desavouiert. Jetzt kreißt die Bourgeoisie damit und verlangt die Volksabstimmung. Das zeigt, was für schlechte Politiker die Herren sind. Eins ist sicher: je mehr sie durchblicken lassen, daß sie von diesem Verlangen nicht absteigen, desto zerblicher werden sie die Franzosen machen und desto mehr Schädigung werden sie uns an der deutschen Ostgrenze zufügen. Vergessen wir nicht, was geschehen ist, als die Regierung des Prinzen Max von Baden die Autonomie für Elsaß-Lothringen beantragte. Damals trat der Führer der elsässischen Fraktion Ricklin auf die Tribüne des Reichstages und sagte in hitrigen Worten: das ist nur zu spät. Das gleiche hörten wir von Haegi, und als ich

dann in der Wandelhalle zu einem elsässischen Arbeiter, den mir der Genosse Fuchs vorstellte, sagte: wir müssen die Volksabstimmung verlangen, da rief er aus: Ach, wozu noch Volksabstimmung? Der elsässisch-lothringische Landtag hat sich für Frankreich entschieden. (Zuruf des Genossen Emmel: Nur diejenigen, die da waren!) Während des Friedens haben wir in diesem Sinne gekämpft, daß Elsaß-Lothringen nicht zum Gegenstand eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland gemacht werden dürfe. In diesem Sinne haben auch die elsäß-lothringischen Genossen gearbeitet. Während des Krieges ist dann in Elsaß-Lothringen eine ganz andere Stimmung entstanden. Nicht nur der Landtag, sondern auch die Stadtvertretungen, ja auch die elsässischen Sozialdemokraten haben sich auf ihrer Landeskongferenz für Frankreich entschieden. Trotzdem verlange ich auch jetzt noch die Volksabstimmung, ebenso wie sie auch die französischen Genossen verlangen. Warum? Weil wir wollen, daß in der elsäß-lothringischen Frage endlich Klarheit auf beiden Seiten geschaffen werde. Hier liegt die Entscheidung. Die Volksabstimmung ist das einzige Mittel, um diese Streitfrage aus der Welt zu schaffen. Wir müssen versuchen, mit Frankreich in ein denkbar bestes Verhältnis zu kommen. (Zuruf: Mit allen Völkern!) Jawohl, mit allen Völkern, auch darauf komme ich noch zu sprechen.

Man wird mich das Zeugnis ausstellen, daß ich alles, was in meinen Kräften und in meinem Können steht, tue, um ein freundliches Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen. Aber dennoch betrachte ich mich mit Erlaunen die neue Gruppe, die sich jetzt in unserer Partei gebildet hat, ich glaube, ihre Wortführer nennen sich Aktivisten. (Zuruf: Neu-Revisionisten! — Große Heiterkeit.) Die kontinentale Politik gegen die angelsächsische Welt, die von ihnen verlangt wird, würde ich vielleicht verwerflich finden, wenn sie einigermaßen Aussicht auf Erfolg hätte. Ich muß sie aber als jü dümm bezeichnen, wie mir seit langem nichts vorgekommen ist. (Weißall und Unruhe.)

Etwas dergleichen hat ja die deutsche Regierung während des Krieges versucht. Bald, nachdem England in den Krieg eingetreten war, im Jahre 1915, hat man den Franzosen quasi auf die Schulter geklopft und gesagt: Ihr seid ja die armen Verführten, John Bull hat Euch verführt.“ Ich habe wirklich gelacht, als ich dergleichen Zeug zu lesen bekam. Wie schlecht kennen diejenigen, die so operieren, die Seele des französischen Volkes, insbesondere die Seele der französischen Bourgeoisie. Die Franzosen wollen nicht bejammert sein, sie leben in dem Gefühl, zum Teil sogar übertriebenen Gefühl von der Größe ihrer Geschichte. Sie wollen anerkannt sein und eine maßgebende Rolle spielen. Uebertreibungen dieses Gefühls kann man nur stärken durch eine solche aktivistische Politik, die ich für wahnsinnig halte. Gewiß sind Gegensätze heute da in dem anderen Lager. Es ist ja allgemein bekannt, daß a. W. Lloyd George für Zugeständnisse an Deutschland in der ober-schleischischen Frage eintritt und die Franzosen sich den Polen gegenüber für gebunden halten. Aber auseinanderreiben werden wir die Alliierten nicht. Das ist einfach Unsinn, solches Spiel darf nicht unsere Politik sein. Diese Art von Westentischen-Machiavellismus sollte man Georg Vernhard und seiner „Rösischen Zeitung“ überlassen und nicht die sozialdemokratische Presse damit bezungieren. (Sehr gut!)

Wir wollen auch und müssen wollen ein gutes Verhältnis mit Rußland. Wir müssen es haben aus einer ganzen Reihe auch wirtschaftlicher Gründe. Wir wollen keine Einmischung der Republik in die inneren Verhältnisse Rußlands, es soll sich selbst entwickeln. Wir wollen das denkbar beste Verhältnis herstellen, aber wir müssen eins von jeder russischen Regie-

rung verlangen, ob sie demokratisch, menschenwürdig oder bolschewistisch ist, wir müssen Gegenseitigkeit verlangen. (Sehr richtig!) Keine Intrigen, keine Geheimagenten ins andere Land geschickt, keine Zettelungen verursacht! Das ist ein Kapitel, über das sehr viel zu sagen wäre. Das abgelöste System in Deutschland hat auch da kein sehr reines Gewissen, und wenn es darauf ankommt, die Frage zu unteruchen, warum man Deutschland haßt und mißtraut, dann legt einmal die Prozesse, die drüben in Amerika usw. gegen die Agenten der Deutschen Republik geführt sind, die Prozesse von San Francisco, wo festgestellt wurde, daß Millionen und Abermillionen ausgegeben sind an gewisse Agenten, um drüben Fabriken und Brücken in die Luft zu sprengen, zur Zeit, als noch Frieden zwischen Amerika und Deutschland herrschte. (Zuruf: Und die Agenten der anderen?) Ich habe es mit der deutschen Politik zu tun. (Zuruf: Das ist doch kein Ding an sich!) Genossen, damit kann man jede Schweinerei rechtfertigen. Soviel ist drüben nicht geschehen. Wir verwerfen das ganze System, und wir wollen uns dagegen erklären. In der Schweiz fand jetzt Anfang März der Kongreß der Pazifisten statt. Da hat unser Wortführer Adolf Müller die deutschen Delegierten zu einer Besprechung eingeladen und hat ihnen auseinandergelegt, warum die Sympathien für Deutschland, die in der deutschen Schweiz zu Anfang des Krieges sehr stark waren, ins Gegenteil umgeschlagen sind. Und was hat er u. a. angeführt? Die Armeen von Agenten, die Deutschland, deutsche Heerführer usw. in der Schweiz unterhalten haben, und die sich in einer Weise aufgeführt haben, die in weiten Kreisen des Schweizer Volkes große Erbitterung hervorgerufen hat. Ich glaube, ein Teil dieser Herren — Müller ist darangegangen, auszumitteln — treibt jetzt das lukrative Geschäft von Agenten für die Kapitalflucht ins Ausland. (Hört, hört!)

Von diesem System müssen wir uns deutlich lossagen. Wir wollen — darin sind wir alle einig — eine ehrliche und reine Politik der deutschen Republik, und wir wollen das auch in unserer Resolution zum Ausdruck bringen. Als sozialistische Partei, als Partei der Internationale, wollen wir die Gegenseitigkeit der sozialistischen Parteien, in Unterstützungen, in gegenseitiger Hilfe. Aber wie wir es bisher gehalten haben: offen am Tage, am Lichte der Sonne. (Sehr wahr!) Wir verwarfen uns aber auch dagegen, was da von anderer Seite jetzt geschieht. Da muß ich ein Wort aussprechen, was ich nicht gern in den Mund nehme. Ich muß sagen: die Deutsche Republik verbittet es sich, daß eine Regierung eines Landes Agenten in ein anderes Land schickt, um Unruhen und Aufstände herbeizuführen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen austräumen mit all dem Klunder der alten Diplomatie, des alten Systems. Unsere Außenpolitik muß eine rückhaltlose internationale Politik sein. Das wird die beste Politik sein für unser Volk. Es wird die beste Politik sein für Europa, für die große Familie der Völker, der ganzen Kulturwelt. (Weißall.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir haben jetzt darüber zu entscheiden, wie wir weiter verhandeln wollen. Es scheint mir, als ob die beiden eben gehörten Referate sich sachlich von der Hauptlinie unserer gestrigen Debatte nicht entfernt haben. Es haben sich aber 16 Genossen gemeldet, die unter dem Eindruck der beiden Referate das Wort haben wollen. Es fragt sich, ob wir die gestrige Debatte fortsetzen oder getrennt davon über die heutigen Referate verhandeln wollen.

Hoch: Wir müssen die Außenpolitik gesondert behandeln. Dazu geben die beiden Referate die beste Unterlage. Ich empfehle eine getrennte Diskussion.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Auswärtiges und Inneres ist in der gestrigen und heutigen Debatte unlösbar verknüpft. Ich bitte, diese sachliche Trennung nicht vorzunehmen.

Fräger: Ich bitte, sofort in eine gemeinsame Debatte über die heute gehörten Referate einzutreten. Wir können die Stellungnahme zu diesen Fragen nicht dem Zufall der Rednerliste überlassen.

Adolph Braun: Ich möchte dringend bitten, daß wir die Debatte anzuknüpfen an die Referate Scheidemanns und Bernsteins. Eine Überzeigung, so daß wir, nachdem Scheidemann weg ist, erst morgen oder übermorgen darüber verhandeln, scheint mir unmöglich. Wir können nur im Zusammenhang über die auswärtige und allgemeine Politik sprechen.

Grelling-Göttingen: Es liegen noch eine Reihe von Anträgen zur allgemeinen Debatte vor, die dann auch berücksichtigt werden müssen. (Vorsitzender Heinrich Schulz: Selbstverständlich!)

Rosenfeld-Charlottenburg: Ich bin mit den Vorschlägen unter der Voraussetzung einverstanden, daß die Debatte sich nur auf die auswärtige Politik beschränkt. Soweit Scheidemann die allgemeinen Fragen der Sozialisierung und der inneren Politik behandelt hat, fallen sie in das Gebiet der allgemeinen Diskussion.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich habe eben schon gesagt, daß diese Trennung sich sachlich nicht durchführen läßt und bitte Sie nochmals, sich auf diesen Boden nicht zu stellen. Es stehen die beiden Referate zur Diskussion.

Fauser-Michendorf: Ich möchte fragen, mit welchem Recht die 18 Genossen, die sich nachträglich zum Wort gemeldet haben, jetzt zum Wort kommen sollen, während der Vorsitzende selbst erklärt, daß eine sachliche Trennung dieser Referate von dem früheren gar nicht durchführbar ist. Es ist also ein und dieselbe Sache, und die Redner, die sich erst gemeldet haben, haben das selbe Recht zum Wort zu kommen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir kommen zur Abstimmung. Diejenigen, die dafür sind, daß wir zunächst in die Debatte über die soeben gehörten Referate mit der dafür vorliegenden neuen Rednerfolge eintreten, bitte ich die Hand zu erheben. Das ist die große Mehrheit.

Scholz-Neukölln: Ich habe nicht etwa die Absicht, irgendwie nach einer Seite die Kritik einzuschränken. Aber ich hätte doch gewünscht, daß in dem Moment, wo die deutschen Friedensbedingungen unmittelbar vor der Vollendung stehen, an diesem Platze nicht Ausführungen gemacht werden, die eventuell zum Schaden des deutschen Volkes ausschlagen könnten. (Sehr wahr!) Ich hätte gewünscht, wenn man sich von dem Grundsatz leiten läßt, daß man lediglich die Wahrheit sucht, daß man dann auch ein Wort der Kritik darüber findet, was auf der anderen Seite gesundigt worden ist, und daß man nicht den Standpunkt vertritt, nur wir allein sind die Sünder, während drüben allem Anschein nach alles Engel sind. (Bernstein: Das ist nicht gesagt worden!) Nein, es ist aber unterlassen worden, ein Wort von der Schuld der andern zu sagen, und deshalb führe ich das an. (Bernstein: Es handelt sich doch hier um die Außenpolitik der Partei!) Ich bedaure außerordentlich, daß Genosse Bernstein in diesem Zusammenhang davon gesprochen hat, daß unser altes System so und so viele Sünden hinter sich hat, eine Frage, die wir im jetzigen Moment gar nicht mehr zu unteruchen haben. Genosse Scheidemann hat durchaus mit Recht ausgeführt: wir werden in der deutschen Politik eine Politik des Rechts vertreten und nicht mehr eine Politik

der alten Machtverhältnisse. Daher war es meiner Auffassung nach ziemlich überflüssig, daß wir all die Fragen, die uns früher einmal getrennt haben, oder über die Meinungsverschiedenheiten in der Partei vorhanden waren, schließlich noch einmal vom 4. August an, hier erneut aufzuwerfen. Ich hätte im Gegenteil gewünscht, Genosse Bernstein hätte seine Ausführungen über die Außenpolitik da angefangen, wo er sein Referat beendet hat. (Sehr gut!) Er hat nämlich zum Ausdruck gebracht, die Deutsche Republik könne nur eine international einwandfreie Politik führen. Das ist so selbstverständlich wie nur etwas. Das hat Genosse Scheidemann ebenfalls zum Ausdruck gebracht, und ich hätte gewünscht, Bernstein hätte da eingeseht und hätte zum Ausdruck gebracht, welche wirtschaftlichen Umwälzungen während des Krieges vor sich gegangen sind und welche Verpflichtungen zum Teil der Internationale bleiben, um im Sinne der neuen wirtschaftlichen Umwälzungen ihre Politik zu treiben. Ich will zugeben, daß ich von vornherein ein sehr problematischer Versuch, aber wir haben natürlich angenommen, das würde Bernstein tun. Ich glaube kaum, daß die Generalversammlung des Kreises Lettow, wenn sie die heutigen Ausführungen Bernsteins gehört hätte, den Antrag angenommen hätte, ihn als Referenten über die Außenpolitik dem Parteitag zu empfehlen. (Bernstein: Das hat sie getan, nachdem ich gesprochen hatte, Widerspruch.) Ich bin der Auffassung, daß von diesem Platze aus wohl irgendein Redner, der sonst weiter in der Partei nicht bekannt ist, derartige Ausführungen wie Bernstein machen konnte, aber der Genosse Bernstein selbst, der in der sozialistischen Internationale einen sehr guten Ruf besitzt, solche Ausführungen nicht machen durfte. (Sehr richtig!) Und zwar deshalb nicht, weil die französischen Friedensbedingungen jedenfalls auf die Rede Bernsteins mehr oder weniger reagieren werden. (Unruhe.) Ueberlegen Sie doch eins: die deutsche Regierung, und zwar unsere Parteigenossen in der Regierung, scheudern denen drüben das „Unannehmbar“ in bezug auf diese Friedensbedingungen entgegen, und ein Referent auf dem Parteitag stellt sich hin und erklärt: Nein, Behntel der Friedensbedingungen sind berechtigt. (Hört, hört!) In demselben Moment müssen Sie doch erklären, daß wegen des einen Behntels, das noch übrig bleibt, das Unannehmbar der Regierung wirklich nicht notwendig gewesen wäre. (Sehr richtig!) Und das ist die Pointe, die meiner Auffassung nach von diesem Platze nicht gezogen werden durfte.

Nun ein paar Worte über die Politik, die jetzt in Berlin eine bestimmte Stütze gefunden hat. Bernstein hat sich schon gegen die Politik der sogenannten Aktivisten oder, wie man bei uns zu sagen pflegt, der Kontinentalpolitik, gewandt, meiner Auffassung nach durchaus mit Recht. (Sehr wahr!) Ich kann Ihnen im Auftrage der Berliner Genossen erklären, daß sie nicht die Absicht und Neigung haben, nach irgendeiner Seite diese Politik zu unterstützen, sondern daß wir uns mit allen Kräften gegen diese Politik wehren werden, für die eine Gruppe jetzt in Berlin Stimmung zu machen sucht. Die Dinge haben sich allerdings so weit entwickelt, daß man schon glaubt in Berlin, innerhalb der Organisation kleine Organisationen gründen zu können, in denen speziell diese Grundfrage zum Ausdruck gebracht werden können. (Zuruf: Unter geistiger Führung von Bernhardt!) Es ist schon gesagt worden: In Zukunft soll das deutsche Proletariat internationale Politik treiben, nicht nur mit Frankreich, sondern ebenfalls mit England, Amerika und vor allem Rußland. Vor allem müssen wir uns energisch verbitten, daß die Kräfte in unsere inneren Verhältnisse eingreifen, um irgendwie auf die Verfassungseinrichtungen des deutschen Volkes einzuwirken. Ich halte es für selbstverständlich, daß wir insofern die Regimen des alten Regimes aufs schärfste

verurteilen, und daß es nicht sein darf, daß derartige Grundsätze etwa von Sozialdemokraten vertreten werden. (Sehr gut!) Ich bin aber ferner der Auffassung, daß die Engländer viel zu gute Kaufleute sein werden, um auf die Dauer das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft dadurch vor den Haß zu stoßen, daß sie etwa die Deutschen vom Weltmarkt und überhaupt von der Aufnahme ihrer Wirtschaftsbeziehungen ausschließen werden. Ich glaube, auch im neuen Völkerbund wird es Fraktionen oder Landmannschaften geben, wie an anderen Stellen; wir sind ja auch nicht davon frei. Und man wird auch in Zukunft im neuen Völkerbund auf die Mitwirkung der deutschen Arbeiterschaft nicht verzichten können. Es wird gerade England sein, das in Zukunft, um gegenüber Amerika ein genügendes Gegengewicht in die Waagschale werfen zu können, die deutschen Arbeiter schnell heranziehen wird, um den Weltwirtschaftsmarkt wiedererobern zu können. Deswegen bin ich der Meinung, haben wir schon von vornherein die bringende Verpflichtung, nicht etwa einseitige Politik nach irgendeiner Richtung zu treiben, sondern wir haben internationale Politik zu treiben, die darauf hinausläuft, daß wir mit allen Ländern versuchen, in ein gutes Arbeits- und Wirtschaftsverhältnis zu kommen.

Wenn wir diese Politik der Aktivisten verfolgen würden, würden wir damit nur Ueberreste der alten wilhelminischen Politik verfolgen (Sehr richtig!), und das ist unmöglich.

Ich möchte zum Schluß die Regierung bitten, dazu überzugehen, von dem, was sie noch nicht durchführen kann, rechtzeitig das deutsche Volk zu benachrichtigen. (Sehr richtig!) Ein großer Teil der Arbeiterschaft ist ungehalten, weil er über die Bestrebungen der Regierung nicht offen auf dem Laufenden gehalten wurde, wie es notwendig gewesen wäre. Hätte man das getan, so wäre ein großer Teil des Mißtrauens beseitigt worden. (Bravo!)

**Otto Braun:** Ich halte es für sehr müßig, in der jetzigen Zeit so eingehend, wie es Genosse Bernstein getan hat, über die Politik der Partei während des Krieges, und insbesondere über ihre Haltung zu den Kriegskrediten zu sprechen. So müßig das ist, so ungeeignet war der Genosse Bernstein, hier vor dem Parteitag diese Kritik auszuüben. (Sehr richtig!) Er war der Allerungeeignetste, denn man weiß ja heute noch nicht, ob er mit beiden Füßen in der Partei steht oder nur mit einem Fuße und mit dem andern noch drüben. (Sehr richtig!) Zuruf: Derartige Argumente sollten vom Vorstandsstich gebraucht werden! — Unruhe.) Wenn Genosse Bernstein es für geschmackvoll hält, nach seiner hin und herschauenden Haltung während der Kriegszeit hier den Stab über die Politik der Partei zu brechen, so muß er es sich gefallen lassen, daß ihm in dieser Weise geantwortet wird. (Lebhafte Zustimmung.) Genosse Bernstein war es, der mit Begeisterung für die Kriegskredite eingetreten ist (Sehr richtig!), und erst in dem Augenblick, als Ostpreußen, für das er nie ein Wort gesagt hat, während er bittere Tränen über Belgien geweint hat, von den Russen befreit wurde, als das falsche Gerücht durch die Presse ging, daß Hunderttausende von russischen Soldaten in die masurenischen Seen getrieben worden seien, da erklärte Genosse Bernstein, jetzt könne er es vor seinem Gewissen nicht mehr verantworten, für die Kriegskredite einzutreten, jetzt ändere er seine Politik. (Hört, hört!) Solange Ostpreußen unter der Russenherrschaft schmachtete, fand Genosse Bernstein kein Wort, für dasselbe einzutreten. (Hört, hört!) Das ist bezeichnend. Genosse Bernstein, für Ihre Politik. Deswegen verlese ich es auch, wenn Sie jetzt leichten Herzens die östlichen Teile unseres Landes aufgeben, wie Sie sagen, auf Grund eines historischen Rechts. Bernstein: Das

Gegenteil habe ich gesagt!) Sie haben erklärt, für die Inanspruchnahme dieser östlichen Teile für Polen hätte man auf der anderen Seite ein historisches Recht geltend machen können, da diese Teile 1772 zu Polen gehört hätten. Auch das ist falsch, und es ist nur zu verstehen, weil Sie sich, Genosse Bernstein, in Ihrem Vaterlande nicht zurechtfinden, insbesondere, soweit östliche Teile in Frage kommen. (Sehr gut!) Oberschlesien, Masurien, die Teile Polens haben 1772 nicht zu Polen gehört, da besteht kein historisches Recht. (Sehr richtig!) Memel hat nie dazu gehört, auch die ganzen Teile nördlich der Memel nicht. Da besteht nicht das geringste historische Recht. (Zustimmung.) Aber auch dieses sogenannte historische Recht erkenne ich nicht an, wenn es im Gegensatz zum Selbstbestimmungsrecht der Völker steht. (Sehr richtig!) und das steht es in diesem Falle. Wollten wir das historische Recht anerkennen, dann müßte Genosse Bernstein auch das Recht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen anerkennen. (Sehr richtig!)

Genosse Bernstein hat die Haltung der Partei in der Elsaß-Lothringischen Frage kritisiert. Er war es, der seinerzeit, vor etwa 2 bis 3 Jahren, in einer Besprechung der Reichstagsfraktion und des Parteiaussschusses für die Abstimmung der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung eintrat. Damals stellte sein früherer Parteigenosse Ledebour diese Forderung als „Spieß des Blödsinns“ hin. (Zuruf von Bernstein.) Damals nahm die Partei die Haltung ein, die in der gegebenen Situation die einzig richtige war. Wenn jetzt von bürgerlichen Kreisen die Abstimmung verlangt wird, so ist das doch für den Genossen Bernstein kein Grund, diese Frage nebensächlich zu behandeln, sondern es wäre seine Pflicht, daß er mit allem Nachdruck auf seinem früheren Standpunkt beharrt und ihn nicht so leicht preisgibt, wie er es getan hat. (Bernstein: Habe ich nicht getan!)

Genosse Bernstein hat verlangt, wir sollten das Bekenntnis zur Schuld Deutschlands voll und ganz abgeben, das Bekenntnis sollte nicht halb kommen, hat er in einem Zwischerruf gemeint, und er hat weiter erklärt, wir müßten den Mut haben, die ganze Wahrheit jetzt zu sagen. Nun, dann möchte ich den Genossen Bernstein bitten, auch seinerseits die ganze Wahrheit zu sagen und nicht auch in Halbheiten stecken zu bleiben, nicht nur immer die Schuld Deutschlands zu sehen und sich über all das, was drüben gemacht worden ist, mit einer leichten Handbewegung hinwegzusetzen. Damit wird man unserem Volke nicht gerecht, und diese Pflicht haben wir auch als Partei dem Volke gegenüber. (Sehr richtig!)

Der Friedensvertrag, der uns jetzt droht, rechtfertigt nach meiner Auffassung glänzend die Haltung, die die Partei während der Kriegszeit eingenommen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Denn weil die Partei das Unheil fürchtete, das jetzt über uns kommt, weil sie nicht der Auffassung Bernsteins war, daß drüben die pazifistischen Kämme die Oberhand haben, sondern daß dort genau so gut der raubgierige Imperialismus herrscht, wie er vor der Revolution bei uns geherrscht hat. Deshalb haben wir unsere Haltung eingenommen, um dieses Unheil von unserem Volke fernzuhalten.

Wenn Genosse Bernstein in der jetzigen Situation, wo uns in wenigen Tagen ein unerhörter Gewaltfriede dilliert werden soll, sagt, daß neun Zehntel dieser Friedensbedingungen berechtigt seien, dann habe ich kein Wort, um diese Haltung zu charakterisieren. (Lebhafte Zustimmung.) Selbst wenn Genosse Bernstein in der Weltfremdheit, mit der er solche Dinge behandelt, überzeugt wäre, daß dem so ist, hätte er in der jetzigen Situation kein Recht, das hier öffentlich zu erklären. (Stürmische Zustimmung.) Durch diese Erklärung hat er nicht nur dem deutschen Volke einen schlechten Dienst geleistet, nein, er ist auch unseren Parteigenossen in Frankreich und England

in den Rücken gefallen. (Wiederholte stürmische Zustimmung.) Wie fallen unsere Parteigenossen, die jetzt unter der Faust Clemenceaus schmachten, gleichwohl alles daransetzen, um diesen Erdrosselungsstrieden zu Fall zu bringen, mit Erfolg kämpfen, wenn die Imperialisten drüben sagen können: Bernstein hat erklärt, neun Zehntel der Bedingungen seien berechtigt?

Genosse Bernstein meinte, die Herrschenden drüben wollten nicht den Sozialismus in Deutschland treffen, sondern sie fürchteten noch den Nationalismus und Imperialismus Deutschlands. Ach nein, für solche Kinder halte ich die Clemenceau, Lloyd George und Wilson nicht, die haben ein besseres Urteil über die politischen Machtverhältnisse in Deutschland, die wissen genau, daß der Imperialismus und Militarismus bei uns sein Haupt nicht mehr erheben kann. Sie wollen aber den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands unterbinden, weil sie wissen, daß nur in einem wirtschaftlich aufstrebenden Deutschland die schleunige Sozialisierung möglich ist. Deswegen belege ich, daß gerade Genosse Bernstein, wenn auch ungewollt, aber doch im Effekt, diesen auf die Erdrosselung und dauernde Niederhaltung Deutschlands gerichteten Friedensbedingungen das Wort geredet hat. Nein, Parteigenossen, wenn wir die Macht der Demokratie, die uns in die Hände gegeben worden ist, auch wirtschaftlich für die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens ausnützen wollen, dann gibt es für uns in den nächsten Tagen nichts Wichtigeres, als mit aller Energie gemeinsam mit unseren Parteigenossen drüben, die ebenfalls gegen diesen Imperialismus Sturm laufen, diese Friedensbedingungen zu bekämpfen. Deswegen möchte ich bitten, in der weiteren Debatte auf keinen Fall mehr in die Kerbe des Genossen Bernstein zu hauen, sondern zum Ausdruck zu bringen, daß Bernstein in dieser Frage im deutschen Volk, wie in der Partei ein Eingänger ist, der keinen Resonanzboden, nichts hinter sich hat. (Stürmischer Beifall.)

**Schirmer-Kürsch:** Ueberblicken wir das Ergebnis der Debatten, so werden wir wohl in dem Urteil uns alle zusammensinden, daß der diesmalige Parteitag eine absolute Notwendigkeit war. Eine ganze Reihe von Unstimmigkeiten und Mißverständnissen, die in weiten Kreisen der Parteigenossen und Arbeiterschaft vorhanden sind, sind durch die Debatten und Referate geklärt worden. Das löst aber Konsequenzen aus, und in dieser Beziehung möchte ich mich dem ersten Redner anschließen, der gefordert hat, daß man mehr den Weg der Aufklärung zu den Arbeitern und Parteigenossen im Lande draußen findet. In dieser Beziehung hat es während des Krieges und jetzt gefehlt. Aber man müßte jetzt die Notwendigkeit erkennen und sich auf den gleichen Weg besonders seitens der Parteigenossen in der Regierung begeben, wie es beispielsweise der Ministerpräsident Hoffmann in Bayern macht, der zu den Arbeitern geht und ihnen Klarheit über gewisse Dinge gibt, die zu einer Verständigung zwischen den Arbeitern und der Regierung führen muß.

Ich habe keine Veranlassung, die Kriegspolitik auszurufen. Aber wenn der Genosse Scheidemann mit wohlthuender Klarheit gesagt hat: hätten die Franzosen und die Engländer heute keine Kugel mehr im Lauf, so würde ich es als meine Pflicht betrachten, das vollständig zerhörte Frankreich und Belgien wieder aufzubauen, so bin ich der Meinung, daß diese klaren und entschiedenen Worte heute leider etwas zu spät kommen. Während des Krieges wäre eine derartige Klarheit und Konsequenz seitens der Sozialdemokratie viel besser angewandt gewesen. (Sehr richtig!) Der Friede von Dreßditzow und die Abstimmungsfrage in Elßaß-Lothringen geben uns Anhaltspunkte dafür, wie das Mißtrauen entstanden ist. Ich wünsche nur, daß fortan die auswärtige Politik mit der Entschiedenheit und Klarheit geführt wird, mit der der Genosse Scheidemann hier aufgetreten ist, dann werden

wir bald auf einen gesunden Boden kommen. — Ich werde mich nun zu der inneren Politik. Wo stehen wir jetzt? Diese Frage müssen wir beantworten, weil sie der Ausgangspunkt für unsere Entscheidungen für die Zukunft sein muß. Politisch sind wir unseren im Erfurter Programm niedergelegten Bestrebungen am nächsten gekommen, auch auf wirtschaftspolitischen und verwaltungstechnischem Gebiete usw. sind Reformen begonnen worden. Aber das sind eben nur erste Anfänge. Nun heißt es: weitergehen. Die Demokratie muß mit voller Entschiedenheit auch auf wirtschaftlichem, verwaltungstechnischem Wege usw. durchgeführt werden, wir dürfen den Sozialismus nicht vergessen. In erster Linie müssen wir die Demokratie auf militärischem Gebiete zur Durchführung bringen. (Zuruf: Auslandspolitik.) Ich habe gesagt, daß ich jetzt über die innere Politik sprechen werde. Die Fälle Vogel und Marloh geben uns zu denken, verhüten wir schlimmere Dinge! Widerstände gegen die Demokratisierung der Verwaltung usw. werden nicht von links, sondern von rechts kommen. Von links haben wir so gut wie nichts zu befürchten, weil die Arbeiterschaft sich dahin einig ist, daß in den abgeschlachten Kadaver des kapitalistischen Staates nicht tief genug hineingeschnitten werden kann. Je tatkräftiger sich die Regierung auf diesem Gebiete zeigt, desto einmütiger wird die Arbeiterschaft hinter ihr stehen. Aber desto weniger wird sie auf das Wohlgefallen der Rechten rechnen können. Die von hier kommenden Widerstände müssen niedergeschlagen werden, und ich empfehle sowohl den Ressortministern wie auch dem Ministerpräsidenten, daß sie hier gegen rechts so entschieden durchgreifen, wie Moske das gegen links getan hat. (Unruhe, vereingelter Beifall.) Die Regierung darf nicht vergessen, daß sie auch kulturgeschichtliche Missionen zu erfüllen hat. Wenn hier behauptet worden ist, daß die Arbeiterschaft am 18. Januar durch ihre Abstimmung ein Urteil für die Richtigkeit der Kriegspolitik abgegeben habe, so ist das ganz einfach falsch. Wir haben die Stimmen der Arbeiterschaft auf unsere Kandidaten vereinigt, weil die Arbeiterschaft von der Mehrheitssozialdemokratie erwartet hat, daß sie das Erfurter Programm zur Durchführung bringen würde, und es wäre ein schmachlicher Verrat an der Arbeiterschaft, wenn unsere Genossen in der Regierung nicht alle Kraft daransetzten, diese Hoffnungen wahrzumachen. Denken wir daran, daß wir Demokraten sind, aber vergessen wir nicht, daß wir in erster Linie Sozialdemokraten sind. (Beifall.)

**Wolf Braun:** Es ist sich wohl niemand mehr im Zweifel, daß die Rede des Genossen Bernstein nicht das gewünschte Referat über die auswärtige Politik war. (Beifall.) Es war eine über alle Maßen unzeitgemäße Rede, die gerade in diesem Augenblick, wo wir die vernichtenden Friedensbedingungen zu erwarten haben, überaus friedenserschwerend und schädlich für das deutsche Volk und ganz besonders für die Arbeiterschaft wirken muß. Wir kennen allerdings den Genossen Bernstein und wissen, daß er eigentlich kein praktischer Politiker ist. (Zuruf Bernstein: Die auswärtige Politik kenne ich doch einigermaßen.) Genosse Bernstein, Sie müssen uns schon gestatten, daß wir Ihnen jetzt einmal ganz offen sagen, was wir von der Art Ihres Wesens denken. Sie müssen einmal hören, daß wir Ihnen in der launubstigen Methode Ihrer Politik nicht folgen können. (Lebhafter Beifall.) Ich bin kein Anhänger der Kriegspolitik der sozialdemokratischen Partei gewesen, desto entschiedener muß ich mich aber gegen diese Rede wenden, die so unglücklich, so unsocialdemokratisch wie irgend denkbar war, die nichts anderes war als kleinliche Rechthaberei. Gerade heute hält es der Genosse Bernstein für richtig, uns alle Schuld aufzuladen, dabei steht es doch für jeden Politiker fest, daß wir nicht die Alleinschuldigen sind, gerade wir wissen ja, wie verkehrt und unsinnig es ist, einzelne Personen für den Ausbruch des Weltkrieges, den man



mit seiner Auslösung verwechselt, verantwortlich zu machen. Wir, die wir gegen das Referat Bernstein gestimmt haben, sind im Recht geblieben. Gestern habe ich gegen Wels polemisiert, weil er die Frage der Schuld überhaupt aufgeworfen hat. Der Fehler, den ich Wels zum Vorwurf gemacht habe, ist von Bernstein jedoch vertauschelt. Er ist um so schlimmer, als wir nach den Ausführungen des Genossen Wels noch mit einem Verzicht auf eine Auseinandersetzung über die Schuldfrage rechnen konnten; durch die unzeitgemäße Rede Bernsteins sind wir aber gerade dazu gezwungen worden. Nicht auf 1914 sollten wir zurückblicken, sondern uns mit dem Jahre 1919, 1920 und der Folgezeit beschäftigen. Es kann sich für uns doch nicht darum handeln, alle Maßnahmen auszuführen, sondern zu überlegen, welche Aufgaben Deutschland und die deutsche Arbeiterschaft bei den Friedensbedingungen zu lösen hat.

Annehmen oder ablehnen, verhandeln und dann ablehnen, von einer neuen Regierung annehmen zu lassen usw., das sind Fragen, über die gesprochen werden muß. Aber ich will noch auf einen ganz anderen Standpunkt aufmerksam machen. Wir müssen sagen, wenn uns die ungeheuerlichen Friedensbedingungen aufgezwungen werden sollen: es gibt in Deutschland keine Staatsmänner für die Durchführung dieser Friedensbedingungen. Das zu sagen ist die Aufgabe, die wir haben. Wenn wir nicht unterzeichnen und Ebert und Scheidemann im Amte bleiben, dann werden wir in ganz kurzer Zeit Opfer eines grauenhaften Terrorismus werden, dann werden die Weiber, deren Kinder der Not und dem Hunger zum Opfer fallen, uns vorhalten: wir müssen so leiden, weil Ihr nicht unterschrieben habt. Wenn wir jedoch der Entente sagen, Eure Staatsmänner sollen die Friedensbedingungen in Deutschland durchführen, dann wird es ihr sehr bald klar werden, daß sie Unmögliches verlangt. Solange wir aber, wie es durch den Genossen Bernstein in so unzeitgemäßer Art geschehen ist, den Glauben erwecken, daß wir unterschreiben müssen, uns Schuld und Sühne auferlegen lassen wollen, dann verhindern wir die Parteigenossen und die Pazifisten in den gegnerischen Ländern, uns in unserm Kampf gegen die unerhörten Friedensbedingungen zu unterstützen. Wenn wir sagen, es gibt kein Parlament und kein Kabinett in Deutschland, die die Friedensbedingungen durchführen können, dann werden wir auf die Entente wirken. Solchen Vorstellungen könnten sich Lloyd George und Wilson nicht entziehen, weil sie Widerhall finden würden bei den Wählern der Gegner. Auf diesem Wege läßt sich erreichen, daß die Gegner erkennen: ihre Friedensbedingungen lassen sich nicht durchführen. So kommen wir weiter, nicht aber, wenn wir alles, abgedroschenes Zeug immer wieder von neuem aufsitzen. (Beifall.)

Hermann Müller: Auch ich gehöre zu denen, die dagegen gestimmt haben, daß das Referat des Genossen Bernstein gehalten werden sollte. Nach den Reden von Otto und Adolf Braun brauche ich mich mit dem Grundproblem nicht mehr so ausführlich zu beschäftigen, wie ich ursprünglich vorhatte. Auch ich war überzeugt, daß aus einem Referat des Genossen Bernstein nichts Nützliches herauskommen würde. Er hat sich über die schlechten bürgerlichen Politiker beschwert, aber er hat wohl den Beweis erbracht, daß es auch bei uns nicht lauter gute Politiker gibt. (Geisterzeit und Zustimmung.) Ich unterstelle ihm ohne weiteres die besten Absichten. Allein der Genosse Bernstein hätte sich sagen müssen, daß er nicht durchführen konnte, was er wollte.

Man darf eben nicht alle Dinge unter dem Gesichtspunkte des Rabbiners von Winstl behandeln, wenn man aktuelle Politik zu machen hat. Ich habe vom Genossen Bernstein allerdings doch mehr erwartet. Ich hätte nicht geglaubt, daß sein Referat eine solche Bescheidenheit zeigen würde. Wenn er

über die sozialistische Außenpolitik reden wollte, hätte er die Berner Resolution zur Hand nehmen und prüfen müssen, ob wir damit einverstanden sein können, und er hätte den Frieden, der uns angedroht wird, messen müssen an dem Maßstab, den sich die Internationale in Bern gegeben hat. Dann hätte er Punkt für Punkt nachweisen müssen, daß das, was uns heute als Wilsonfriede präsentiert wird, das gerade Gegenteil von dem ist, was die Internationale als Wilsonfriede bezeichnet. Ich kann in den zehn Minuten, die mir zur Verfügung stehen, das nicht alles nachweisen. Ich weise nur kurz darauf hin, daß die Internationale in Bern das Recht des Siegers auf Beute verwirft, daß sie verwirft die Festsetzung von Grenzen nach strategischen Gesichtspunkten, gewaltsame oder verschleierte Annexionen auf Grund sogenannter historischer Ansprüche oder angeblicher ökonomischer Notwendigkeiten, die Schaffung von völkergenen Tatsachen durch vorgehende militärische Besetzung kritischer Gebiete. Gegen alle diese Dinge ist in schlimmster Weise gehandelt worden, und ich begreife nicht, daß Genosse Bernstein wie ein Hofenhandler herkommt und jagt, erst neun Zehntel und dann acht Zehntel vom dem Friedensvertrag seien annehmbar. (Bernstein: Das habt Ihr selbst vorgeschlagen.) Nein, das ist nicht in den deutschen Gegenentwürfen enthalten. Die haben einen ganz andern Sinn und stehen im Gegensatz zu dem, was die Entente uns anbietet und das Snowden in England als Schurkerei bezeichnet hat. Wir denken nicht daran, zu neun Zehnteln einen schurkischen Vertrag anzunehmen.

Nun zu ein paar Einzelheiten. Genosse Bernstein hat über Elsaß-Lothringen gesprochen, über unsere Politik dazu, und sich auf Bebel berufen. Auch das ist er zu Unrecht. Es ist richtig, daß Bebel und Liebknecht 1871 gegen die Annexion ohne vorherige Befragung der Bevölkerung protestiert haben. Aber Bebel hat später eine elsass-lothringische Frage nicht anerkannt. Als in Basel die bekannte lange Resolution beschlossen wurde, als damals schon ein Weltkrieg drohte, war von einem französischen Delegierten mir gegenüber der Wunsch geäußert worden, daß man auch einen Passus über Elsaß-Lothringen aufnehmen möge. Ich habe sofort mit Bebel darüber gesprochen, und er hat gemeint: Für uns existiert heute eine elsass-lothringische Frage nicht mehr. Das war auch die Auffassung, die die Partei in Konsequenz der Haltung Bebels eingenommen hat. Aber das wollen wir mit aller Deutlichkeit sagen: wir wollen unter keinen Umständen einen neuen Krieg um Elsaß-Lothringen, wie wir überhaupt keinen neuen Krieg mehr wollen für alle Zukunft.

Genosse Bernstein ist auf die Flamenfrage eingegangen. Ich möchte feststellen, daß die sozialdemokratische Partei in ihrer offiziellen Politik niemals etwas mit diesen Flamenbestrebungen zu tun gehabt hat, von denen er gesprochen hat. Ich bin es gewesen, der in Würzburg vor dem Parteitag in der Parteiauswahlsitzung gesagt hat: wenn wir für die Flamen etwas tun können, ist es das, im Friedensvertrag dafür zu sorgen, daß diejenigen, die sich so weit hervorgewagt haben, nicht noch hingerichtet werden, wie das Bismarck 1866 für Kreischke und seine Freunde im Preussisch-Sächsischen Friedensvertrag durchgesetzt hat. Mit all den aktivistischen Bestrebungen haben wir nichts zu tun gehabt.

Genosse Bernstein hat auf die wirtschaftliche Lage Frankreichs hingewiesen. Er hat darin recht; die wirtschaftliche Lage Frankreichs ist furchtbar. Das erklärt ja so manches in Frankreich. Auch wir werden noch manche unangenehme Ueberreizung erleben, wenn uns alle die Einzelheiten bekannt werden über Maßnahmen, die, ohne daß sie Kriegsnotwendigkeiten waren, in den letzten Jahren in Frankreich getroffen wurden. Wir werden die Rechnung noch präsentiert bekommen, und ich habe die Hoffnung, daß diejenige vor

den Staatsgerichtshof kommen, die dafür verantwortlich sind, daß das Volk jetzt das alles zu bezahlen hat.

Wir haben selbstverständlich das größte Interesse daran, daß aus dem Völkerverbund etwas wird. Aber wenn wir jetzt zur Auslandspolitik Stellung zu nehmen haben, haben wir auch mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß das, was uns heute als Völkerverbund präsentiert wird, kein Völkerverbund ist, sondern schamloser Humbug. Erst durch Hilfe der Internationale hoffen wir, daß aus diesem Bunde der Kabinette in Zukunft der Völkerverbund hervorgehen wird, den wir haben wollen und den wir in Übereinstimmung mit der ganzen Internationale verlangen. Dazu brauchen wir natürlich die Hilfe unserer Parteigenossen in den anderen Ländern. Genosse Bernstein hat auf die Vorgänge in Bern hingewiesen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß wir in durchaus freundschaftlicher Weise mit den Genossen aus den bisher mit uns Krieg führenden Ländern verhandelt haben, mit wenigen Ausnahmen.

Es war nur der rechte Flügel der französischen Partei, der sich ungenügend erwies. Aber ich bin überzeugt, wenn wir wieder zusammenkommen werden, werden die auch etwas vernünftiger geworden und nicht mehr so laut sein, wie sie bisher gewesen sind. Denn wir können ja nachher auch eine Liste von Uebertreibungen präsentieren, die inwischen in unseren besetzten Gebieten stattgefunden haben, und die gegenseitigen Vorwürfe doch in etwas kompensieren. Das müssen wir auch feststellen, nachdem u. a. von den französischen Machthabern fortwährend Vertreter von Partei und Gewerkschaften ausgewiesen werden, nicht nur aus Elsass-Lothringen, sondern auch aus dem Saargebiet und den anderen besetzten Gebieten. Wir werden dafür sorgen, daß diese Beschwerden der Internationale übermittelt werden. Im übrigen wollen wir uns klar darüber sein: auf die Hilfe der Internationale dürfen wir nicht allzu viel hoffen. Sie hat dazu nicht die Macht. Es ist in Bern beschlossen worden, daß die Internationale Kommission, von der Genosse Bernstein gesprochen hat, permanent zusammenbleiben müsse, um einen Druck auf die Staatsmänner des Ententeimperialismus auszuüben. Von diesem Druck merkt man verhältnismäßig wenig. Ich kann das begreifen. Denn die big four, die vier starken Männer, die da sitzen: Clemenceau, Lloyd George, Wilson und Orlando, die haben ihnen nicht einmal die Tür aufgemacht zu Verhandlungen. Sie haben die Internationale behandelt wie sie Deutschland behandeln. Sie haben ihren Diktatfrieden fertig, der wird diktiert, und der kann meiner Meinung nach erst im künftigen Völkerverbund gemildert werden, wenn die Arbeiterinternationale wirklich dort Einfluß bekommen wird.

Nun ist die Frage der Richtigkeit unserer Politik während des Krieges angeschnitten worden. Wels und Braun sind schon darauf eingegangen. Ich stehe nicht an zu erklären, daß ich im ganzen unsere Politik auch heute noch für durchaus richtig halte, und daß auch mir der Frieden, der uns jetzt droht, der beste Beweis dafür zu sein scheint. Denn wir wußten, daß wenn erst einmal diese beiden großen Koalitionen aufeinander losgingen, das kaum enden würde, ohne daß die eine oder die andere Partei Führerliches zu erwarten hätte. Das war nicht nur unsere Auffassung, das war auch die Auffassung, die schon in den 90er Jahren im Reichstag Politik sehr deutlich ausgesprochen hat. Wir haben nun im Kriege jahrelang geglaubt, daß die Partee remis ausgehen würde. Darauf war zum Teil unsere Politik eingestellt. Leider ist das nicht so gekommen. Wir wußten immer, welcher Gewaltfrieden uns droht. Deshalb standen wir zu unserem Bunde, und dessen werden wir uns noch oft später zu erinnern haben, wenn wir in kommenden Kämpfen auch mit den bürgerlichen Parteien uns darüber auseinandersetzen haben. Aber daß natürlich in einer solchen Zeit auch hier und da Beschlüsse gefaßt

werden, die nicht mehr gefaßt würden, wenn man sie später zu fassen hätte, das ist doch selbstverständlich. Es sind die Frieden von Brüst-Litowsk und Bufarest angegangen worden. Der Friede von Bufarest ist in der Fraktion beraten worden, und wenn ich mich recht erinnere hat die Fraktion ihm mit einer Stimme Mehrheit zugestimmt. Zum Frieden von Brüst-Litowsk wurde mit Mehrheit beschlossen, daß die Fraktion sich enthalten sollte. Ich erinnere aber daran, daß es kein geringerer als Scheidemann war, der in der Fraktion für die Ablehnung eintrat. Es ist zweifelhaft, ob alle diese Beschlüsse richtig waren. Aber vergessen Sie doch das eine nicht: die ungeheure Verantwortung, die während des Krieges auf uns gelastet hat. Ich gehe jetzt 13 Jahre dem Parteivorstand an. Ich habe noch mit unseren Ältern zusammengearbeitet, mit Bebel, mit Auer, mit Singer. Ich kenne die Friedenspolitik der Partei, und ich kenne die Politik in der Kriegszeit und während der Revolution. Ich habe gewiß viel übrig für unsere Ältern und will ihre Verdienste in keiner Weise verkleinern, aber die Verantwortung, die wir zu tragen und die Aufgaben, die wir Epigonen in den letzten Jahren zu lösen hatten, das waren Dinge, die unseren Ältern erspart geblieben sind. Ich bin überzeugt: wenn die Geschichte einmal zu unserer Epigonenarbeit Stellung nehmen wird, werden wir nicht ganz schlecht dabei abschneiden. (Beifälliger Beifall.)

Frau Fräulein Franz-Breslau: Zur Eröffnung des Parteitagcs ist uns der gute Rat gegeben, uns wohlweislich zu überlegen, was wir reden, und was in die Öffentlichkeit und dann in die weite Welt hinauskommt. Ich wünschte, daß jeder diesen wohlmeinenden Rat befolgt hätte. Obwohl ich noch ein ganz dummes Frauenmenschkind bin, die in die hohe Politik erst eingeführt werden will, so meine ich doch, es hätte manches erspart werden können, wenn dieser wohlmeinende Rat befolgt worden wäre.

Was mich veranlaßt, hier zu reden, ist eine Aeußerung des Genossen Bernstein. Ich will nicht, wie er, rechten, ob der jener schuld war an dem Kriege, ich will nicht fragen, wem wir dieses grenzenlose Unglück zu verdanken haben, und ob unsere Parteiführer es hätten verhindern können. Aber ich spreche auch dem Genossen Bernstein das Recht ab, unsere Partei zur Verantwortung zu ziehen, weil er mit dem Moment, wo er das tut, selbst Unverantwortliches in die Welt hinausgeschleudert hat. Und was war dieses Unverantwortliche? Er gab zu, neun Punkte der Friedensbedingungen, die uns die Entente auferlegt, bestehen zu Recht. (Bernstein: Das ist eine Lüge, das habe ich nicht gesagt!)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Genosse Bernstein bezeichnet es in der Erregung als eine Lüge, was ihm vorgeworfen wird. Ich nehme an, daß er es nicht so kraft meint.

Frau Fräulein Franz (fortfahrend): Genosse Bernstein legt mir eben einen Zettel vor, daß er gesagt hat: Es sind Notwendigkeiten, die uns die Entente auferlegt hat. Auch das können wir nicht zugeben. Wir Frauen können es vor allen Dingen nicht zugeben, daß wir schließlich auf Jahre dafür leiden sollen, was die Männer verschuldet haben. Wir Frauen wurden nicht gefragt, ob wir den Krieg haben wollen oder nicht. Wir und unsere Kinder sollen für alle Zeiten verdammt sein, vielleicht im Elend zu leben und umzukommen. Dagegen müssen wir uns mit aller Gewalt wenden und dagegen protestieren. Ich möchte dem Genossen Bernstein auch raten, einmal in das oberösterreichische Reutier zu gehen und die Stimmung der Bevölkerung dort kennen zu lernen. Nicht einer, ob Pole oder Deutscher — ich kenne Reutier, ich bin selbst aus Stodpolen — nicht einer aus dem Proletariat will zu Kongregpolen, nicht einer hat die Absicht; alle wissen sie genau, daß sie, wenn

es dazu kommen würde, der Unkultur ausgeliefert sind, und daß sie die Freiheit, die wir heute durch unsere Regierung erreicht haben, niemals erlangen werden, im Gegenteil, es wird ihnen alles genommen werden, was sie bis jetzt erlangt haben. Deswegen gibt es nur eins: Flammennden Protest gegen den Friedensvertrag, den uns die Entente auferlegen will, damit das, was sie von uns verlangt, nicht zur Durchführung kommt. (Lebhafter Beifall.)

**Gesetz-Reuz:** Ich kann wie Bernstein sagen, daß ich die Rede Scheidemanns nahezu in allen Punkten unterzeichnen kann. Aber ich darf darauf aufmerksam machen, daß diese Rede nichts anderes war, als eine Prinzipien-erklärung. Die Schwierigkeiten beginnen erst da, wo man praktisch zeigen soll, wie diese Prinzipien in die Tat umgesetzt werden. Es ist daher natürlich, daß wir mit dieser Deklaration der Prinzipien nahezu alle einverstanden sind. — Auf die Bemerkung Scheidemanns über die innerpolitischen Dinge werde ich bei meinem Referat über die Arbeiterräte zurückkommen, kann aber heute schon sagen, daß ich auch einen Teil dieser Ausführungen vollkommen unterschreibe.

Ich will mich jetzt beschränken auf ein paar außenpolitische Bemerkungen. Da muß ich, so leid es mir tut, auch zuerst ein paar Worte gegen den Genossen Bernstein sagen. Was die Politik betrifft, die die Partei im Kriege getrieben hat, so glaube ich auch heute noch, daß die Bewilligung der Kriegskredite richtig war. Die Fehler, die wir begangen haben, fanden auf einem ganz anderen Blatt. Der Hauptfehler der Sozialdemokratie war, daß sie nicht die von der deutschen Regierung betriebene Zerschlagung Rußlands bekämpfte hat, daß ein Teil der deutschen Parteigenossen die Polenproklamation, die der Anfang vom Ende war, nicht nur gekilligt, sondern eifrig betrieben hat. Damit begaben wir uns des einzig möglichen Rückfalls im Kampf gegen Westen. Wir standen doch nun einmal im Kampf gegen Westen, und eine Verständigung mit dem die Entente kommandierenden England war nur möglich, wenn wir die russische Rückendeckung hatten. Es gibt, glaube ich, heute kaum einen einzigen normalen Politiker mehr, der nicht diese Zerschlagung Rußlands, die unter dem Patronat der deutschen Sozialdemokratie vor sich gegangen ist, bedauerte. Ich kann im einzelnen nicht darauf eingehen, aber ich muß sagen: es wäre die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie gewesen, zu sehen, daß die Regierung, soweit es sich um die Randstaatenpolitik in Rußland handelte, eine Komödie mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker trieb, daß von einem wirklichen Selbstbestimmungsrecht nicht die Rede sein konnte.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auf die Äußerung Bernsteins antworten, der darauf hinwies, daß Marx und Engels sogar die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 vorge schlagen hätten. Na, das heute einfach nachzubeten, bedeutet doch eine Wortgläubigkeit, die ich gerade dem Genossen Bernstein nicht zugetraut hätte. (Bernstein: Das tue ich doch gar nicht!) Dann weiß ich nicht, was das bedeuten soll. Wenn Marx und Engels heute noch lebten und das neue Deutsche Reich gekannt hätten, würden sie wahrscheinlich gesagt haben: die einzige Form einer Selbständigkeit für kleinere Völker ist nur möglich im gesamtstaatlichen Rahmen eines großen Wirtschaftsgebiets. Wenn wir auf der Landkarte eine Fülle von kleinen, vollkommen selbständigen Einzelstaaten haben, so ist diese Selbständigkeit nur Schein, denn sie sind abhängig vom nächsten starken Nachbarn. Die einzige Art der Selbständigkeit, die eine kleine Nation haben kann, ist im Rahmen eines großen Wirtschaftsgebiets, einer staatlichen Organisation, die in der Lage ist, sie einigermassen zu schützen. Das galt damals für Polen und für die ganzen russischen Randstaaten, und das ist auch vom sozialistischen

Standpunkte aus richtig. Wir mit unserem Ziel der sozialistischen Wirtschaft können nicht eine bunte Karte von allen möglichen kleinen, vollkommen selbständigen Staaten wünschen, sondern müssen ihnen sagen: Ihr könnt kulturelle Autonomie im großen Rahmen haben, dann habt Ihr das, was an Selbständigkeit für Euch möglich ist. Die formale Selbständigkeit ist nur Einbildung, Ihr werdet unterdrückt und geknechtet von den großen Nachbarn, nach deren Befehlen Ihr handeln müßt. Deshalb brauchen wir also große, einheitliche Wirtschaftsgebiete, und deshalb wären Marx und Engels nicht für die Wiederherstellung Polens als völlig politisch selbständigen Staat eingetreten, sondern nur für die kulturelle Autonomie im Rahmen Rußlands.

Genosse Bernstein hat dann eine Bemerkung gemacht über die Berechtigung der Forderungen der Entente. Ich halte diese Bemerkung auch für unglücklich und für sachlich falsch, aber ich kann nicht zugeben, daß er damit ein so fürchterliches Verbrechen begangen hätte, wie Braun das hinstellt. Die Entente ist um Argumente nicht verlegen, und die Entente weiß, was sie will. (Zuruf: Aber wir brauchen keine Argumente zu geben!) Das sage ich ja auch, aber die Entente weiß, was sie will, mit oder ohne die Bemerkung Bernsteins. (Zuruf: Es wird ihr nur leichter gemacht!) Glauben Sie doch nicht, daß Leute von dem Format eines Wilson, Lloyd George und Clemenceau eine solche Bemerkung nötig hätten. (Zuruf: Aber die Völker der Entente!) In der Beurteilung der Sache sind wir uns ja einig, aber ich glaube nicht, daß das so große Bedeutung hat. Mir scheint das, was die deutsche Regierung der Entente angeboten hat, das alleräußerste Bessere zu sein, was möglich ist. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ein so radikaler Unabhängiger, wie Professor Vallo, ausgerechnet hat, daß es sich höchstens um 65 bis 70 Milliarden handeln könne, wenn man alle Schäden wieder gut machen sollte, nicht um 100 Milliarden.

Nun hat Bernstein sich mit einer nicht gerade liebenswürdigen Bemerkung gegen die Kontinentalpolitik gewandt (Zuruf: Und mit Recht!), die von meinen Freunden und mir vertreten wird. Lassen Sie mich erst einmal sagen, was Kontinentalpolitik ist und halten Sie Ihr Urteil bis dahin zurück. Ich brauche es nicht tragisch zu nehmen, daß Bernstein sie als kapitale Dummheit bezeichnet hat; aber es gab einmal im Kriege einen Augenblick, wo eine solche Kontinentalpolitik, die die Verständigung mit Rußland erbeicht hätte, unsere einzige Rettung bedeutete. Heute steht ja schon längst fest, daß sie möglich war, denn man weiß, daß es einen Geheimvertrag gab, der zwischen Rußland und Japan geschlossen war, und der sich sehr deutlich gegen die mit ihnen verbündeten Angelsachsen richtete. Man hätte also die Situation ausnützen und begreifen sollen, daß sich Rußland und Japan sicherlich nicht darüber gegrämt hätten, wenn Deutschland der Dritte im Bunde gegen das Angelsachsentum gewesen wäre, denn damals hatten wir, da wir im Kriege waren, ja wohl das Recht, uns gegen Großbritannien zu wehren. Heute aber spricht niemand von uns von Kontinental-Europa als von einem Bund gegen das Angelsachsentum. Das ist eine Unterstellung, die ich zurückweise; davon ist kein Wort in meinen vielen Auffäßen zu finden. (Zuruf: Kaliski!) Kaliski hat etwas ganz anderes gesagt. Kontinentalpolitik bedeutet heute lediglich, daß wir uns aus guten Gründen bemühen, zuerst einmal Streitigkeiten zwischen den europäischen Völkern zu beseitigen, um bewußten, weil doch gerade diese immer und immer wieder die Kriegsgefahr heraufbeschwören. In dem Augenblick, wo diese Streitigkeiten beseitigt werden, sind wir in Europa die Kriegsgefahr los. Und nun möchte ich die Parteigenossen, die sich mit der ganzen Welt verbrüdern wollen, einmütig fragen: darf man sich denn nicht zuerst mit einem nächsten Nachbarn ver-

händigen, weil von dieser Verständigung sehr viel mehr abhängt als von einer Verständigung mit allen möglichen entfernteren liegenden Staaten? Da liegt das Unglück, das wieder kommen kann, und deshalb müssen wir nicht mit platonischen Liebeserklärungen unsere Bereitwilligkeit zur Verbrüderung mit allen Völkern der Welt immer wieder in die Welt hinauszuwerfen, sondern wir müssen praktisch da anfangen, wo der Schuh uns am meisten brüht und wo die größte Gefahr ist. Das ist Kontinentalpolitik. Will dagegen noch irgend jemand etwas sagen? Will man etwas dagegen einwenden, wenn wir dafür eintreten, daß die innere Solidarität, die Interessengemeinschaft der europäischen Völker sehr viel stärker ist als ihre Zwistigkeiten. Und wenn es der Fall sein sollte, daß England aus irgendwelchen Gründen in der Tatsache der Verständigung der europäischen Völker untereinander eine Spitze gegen sich erblicken würde, dann müssen wir das eben tragen, dann müssen wir aber trotzdem für eine europäische Verständigung sein. Aber ich habe die Überzeugung, daß der Weg zur Freundschaft mit England, die auch ich wünsche, nur über Europa führt. Bevor sich die europäischen Völker untereinander nicht einig geworden sind, gibt es keine Freundschaft mit England. Für diese Tatsache ist die Geschichte hundertfacher Beweis; vor ihr die Augen zu verschließen, scheint mir nicht praktische Politik zu sein, sondern das heißt einfach, den Kopf in den Sand stecken. (Die Redezeit ist abgelaufen.) — Ich würde gern noch ein paar Worte zu den Unterlassungshünden gesagt haben, die die deutsche Regierung in ihren Verhandlungen mit der Entente begangen hat. Das ist aber leider nicht möglich, aber das eine möchte ich noch sagen: ich bin durchaus mit der deutschen Regierung darin einverstanden, daß sie jetzt alles daran setzt, durch sachliche und nützlichere Verhandlungen die Bedingungen zu mildern. Ich möchte nur eine Frage an Sie richten: weshalb hat man, als Lloyd George, Wilson, Clemenceau und Orlando sich noch nicht auf diese Bedingungen festgelegt hatten, nicht den Versuch zur Verständigung gemacht, anstatt Herrn Erzberger zu erlauben, in der Waffenstillstandskommission höfliche Deklamationen und Proteste loszulassen. Damals hätte man schon mit diesen Vorschlägen kommen müssen, dann wäre mehr dabei herausgekommen als jetzt, nachdem nach großen Schwierigkeiten die Staatsmänner der Entente sich einmal darauf geeinigt haben. (Zuruf.) Bei den Staatsmännern der Entente herrschten sehr viele Meinungsverschiedenheiten, und wenn die nach monatelangen Verhandlungen sich einmal einig geworden ist, dann ist das sehr viel schwerer, einen Stein herauszubringen, als wenn man vorher wenigstens den Versuch gemacht hätte, das Band, von dem wir wissen mußten, daß es die größten Rechtsansprüche an uns hatte, Frankreich, durch vernünftige Vorschläge, wie sie ja jetzt gemacht worden sind, zu befreiben. Das veräumt zu haben und Herrn Erzberger nicht auf die Finger gesehen zu haben, ist eine große Schuld der deutschen Regierung. (Bravo!)

**Knauer-Sonneberg:** Gegenüber dem Redner sehe ich auch auf dem Standpunkt, daß wir Kontinentalpolitik treiben und uns zunächst mit den Völkern Europas verständigen müssen, wenn wir zu einer Verständigung mit England und den übrigen Völkern kommen wollen. Darüber dürfte in den Reihen unserer Partei kein Zweifel bestehen. Uebrigens billige ich nicht die Richtung der Kontinentalpolitik, der der Redner angehört. — Weiter möchte ich gegenüber der Abschwächung, die mein Redner hat eintreten lassen, zu den Worten des Genossen Bernstein über die Friedensbedingungen doch betonen, daß durch diese Darlegungen Bernsteins die Bestrebungen der Arbeiterschaft in den Ententeländern, einen Verständigungsfrieden herbeizuführen zu helfen, zweifellos beeinträchtigt worden sind. (Sehr wahr!) Wenn

Bernstein jetzt sagt, er habe es nicht in dem Sinne gemeint, nun gut, so wollen wir nicht weiter darüber rechten.

Das was Scheidemann über den inneren Frieden gesagt hat, möchte ich unterstreichen. Das Bedürfnis brauchen im Lande nach der Verständigung ist groß. Es ist aber notwendig, daß wir auch den Bekennermut besitzen, zu unseren Grundsätzen zu stehen. Den hat man vielfach draußen im Lande vermisst. Es gibt in Sitzungen und Versammlungen, wo wir Auseinandersetzungen mit den Unabhängigen haben, sehr oft Parteigenossen, die dabei sitzen und sich innerlich freuen, wenn der eine oder der andere verbannt wird. Das nächstmal kommen sie natürlich an die Reihe. Also etwas mehr Bekennermut zu unseren Grundsätzen ist notwendig. Eine Einigung unter Aufgabe unserer Grundsätze kommt nicht in Frage. Im übrigen waren die Ausführungen Scheidemanns über die wirtschaftlichen Zusammenhänge außerordentlich klar und ich wünsche nur, daß man draußen diese Rede recht aufmerksam liest. Denn unsere Genossen vergessen vielfach, daß man zwar von heute auf morgen einen Staat umwenden kann, daß man aber unmöglich das Wirtschaftsleben von heute auf morgen völlig umgestalten kann. Dazu gehört etwas mehr als eine kadavere Rede in irgendeiner Versammlung.

Ebenso richtig hat Scheidemann gesagt, der Sozialismus solle uns nur Mittel zum Zwecke sein. Auch das muß noch einmal hier unterstrichen werden.

Einige Worte zur Auslandspolitik. Es wird so viel von der Schuldfrage gesprochen. Man muß da doch folgendes feststellen. Es ist bekannt, daß sich unsere alten Machthaber in der Hauptsache auf das deutsche Schwert gestützt haben und in zweiter Linie auf den Dreibund. Wir wissen, daß der Mißbrauch der deutschen Volkskraft die erste Stütze vernichtet hat. Wir wissen aber auch, daß der Dreibund schon längst morisch und faul war. Das Erwachen der Völker Oesterreichs hat das alte Oesterreich außerordentlich in Gefahr gebracht und die Entente war andererseits schon längst bereit, die Interessen Italiens wahrzunehmen. Die deutsche Politik in der Türkei, in Kleinasien schob dem russischen Ausdehnungsdrang einen Kiesel vor, und der Jahrhunderte alte Drang Rußlands nach Konstantinopel war dadurch verhindert. Genau so war es nach Westen und nach der Ostsee abgesperrt. Dort war Deutschland ein unüberwindliches Bollwerk. Dem zaristischen Rußland war im Kriege mit Japan auf die Finger geklopft worden. Durch Indien und Persien verperrte ihm England den Weg. War es da ein Wunder, wenn das zaristische Rußland den Lockungen französischer Milliarden, der französischen Revanche und der französischen Kultur verfallen ist? Daß England zu unseren Feinden überging, ist in erster Linie daraus zu erklären, daß das deutsche Geistesleben, verbunden mit der politischen Macht und dem deutschen Fortschritt auf dem Weltmarkt, England erkennen ließen, welche Gefahren seiner Weltmachtstellung drohen. Angesichts dieser Verhältnisse sollte man nicht immer davon reden, daß die Machthaber eines Landes die alleinige Schuld am Kriege tragen. Wenn dann unsere preußischen Gamaschenknöpfe, unsere preußischen Generale und Politiker der alten Schule geklaut haben, mit der ganzen Welt fertig zu werden, so haben sie eben die Welt draußen nicht gekannt. Mit welcher Leichtfertigkeit hat man Amerika als Feind begriffen, ein Volk mit 100 Millionen Einwohnern, technisch auf der Höhe. Da brauchte man sich nicht zu wundern, wenn der Zusammenbruch nicht mehr lange auf sich warten ließ. Die Katastrophe reifte naturgemäß heran. Persönliche Schuldfragen haben für mich eine untergeordnete Bedeutung.

Was nun die Auslandspolitik anlangt, so ist ihre Behandlung insofern von großer Schwierigkeit, weil wir noch nicht genau wissen, wie der Friede

aussehen wird. Wir können erst dann in unserer Außenpolitik klar sehen, wenn wir den Frieden haben. Die Lehren des Krieges, die veränderte Struktur Deutschlands, wird uns eine Außenpolitik aufweisen, die ganz verschieden von der sein wird, die bisher getrieben wurde. Wir müssen in erster Linie für die Verständigung und für den Austausch der Kulturwerte eintreten und dann müssen wir der Arbeiterbewegung in allen Ländern eine viel größere Aufmerksamkeit schenken, als es bisher der Fall war. Wir müssen die Verbindungen mit den Völkern wieder aufnehmen. Wollen wir aber bestehen, so muß unsere neu zu schaffende Wirtschaftsordnung vom Pulsschlag des Weltbetriebes durchflutet sein. In dieser Beziehung hat auch unsere Presse noch vieles nachzuholen. Unsere Parteipresse versagt nach dieser Richtung vollständig, vor dem Kriege, während des Krieges und jetzt erst recht. Hier muß eingegriffen werden und wir müssen hier die Unterstützung des Parteivorstandes verlangen.

Vorsitzender Heinrich Schulz teilt mit, daß Antrag 244 eingegangen ist. Dieser Antrag und Antrag 242 stehen mit zur Debatte.

Dr. David: Parteigenossen! Der Genosse Cohen ist den Spuren des Genossen Bernstein gefolgt. Er hat sich ebenfalls mit der Vergangenheit beschäftigt statt mit den dringenden Aufgaben der Gegenwart und hat den Beweis erbringen wollen, daß nicht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, sondern er recht gehabt hat. Er hat, wie er behauptet, in erster Linie in der Außenpolitik recht gehabt. Er wirft der sozialdemokratischen Fraktion vor, sie sei „für die Zerstückelung Rußlands“ eingetreten. Dieser Vorwurf ist sachlich durchaus unberechtigt. Die Sozialdemokratie hat in der Randstaatenpolitik streng den Standpunkt vertreten, das Schicksal dieser Randstaatenbevölkerungen ist von den Bevölkerungen dieser Gebiete selbst zu entscheiden. Jeder haben wir ein Recht, unsererseits diesen Randstaatenbevölkerungen vorzuschreiben, was sie zu tun haben, noch haben die Großrussen ein Recht, diesen Randstaatenbevölkerungen gegen ihren Willen ihr staatliches Schicksal aufzuzwingen. In der Fraktion hat der Genosse Cohen demgegenüber den Ausdruck gebraucht: „Ach was, mit dieser Phrase des Selbstbestimmungsrechts solle man ihm zu Hause bleiben. (Hört, hört!) Hier hat er von der Komödie des Selbstbestimmungsrechts gesprochen. — Er wollte die Partei veranlassen, die Politik, die sich auf der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts gründete, preiszugeben; den Polen, den Finnen, den Letten, den Litauern sollten wir befehlen: Jurid in die großrussische Zwangsgemeinschaft, nicht Euer Wille entscheidet, sondern unser Wille entscheidet. Das war seine Politik. (Hört, hört!) Diese Politik war nicht nur im höchsten Grade unpraktisch und ungerecht, sie lief auch alledem entgegen, was wir als Sozialdemokraten zum Grundgesetz unserer internationalen Politik gemacht hatten: dem nationalen Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes.

Was Polen anlangt, so ist in der Geburtsstunde der Internationale im Jahre 1863 zugleich auch eine Beschlußfassung der Internationale vor sich gegangen, die den Polen das Recht auf Wiedererlangung ihrer Selbstständigkeit zusprach. Das war die Richtschnur der sozialdemokratischen Politik all die Jahrzehnte hindurch, nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Internationale. Was wollte Cohen? Er wollte schon, als der Zar noch regierte, die Selbstständigkeitsbewegung der Polen niederschlagen, er wollte unsern Militarismus gegen sie mobil machen und die Polen wieder in das Joch des Zaren zurückführen. (Hört, hört!) Daß wir das nicht mitmachten, ist selbstverständlich. Die Polen haben zu Beginn des Krieges Regionen gebildet, haben ihren alten Freiheitskampf wieder aufgenommen, und wer war das

in Polen? Nicht zuletzt waren es unsere eigenen Parteigenossen, die die Führung dabei hatten, Hilfsfakt und andere. Als Cohen als Vertreter der Fraktion im Hauptausschuß seinen Standpunkt gegen die Selbstständigkeit Polens vertrat, man müsse Polen den Russen zurückgeben, stützte er damit die Politik Rudendorffs, Westjars usw., die sagten: natürlich schneiden wir für uns dabei noch ein gut Stück von Polen ab. (Zuruf: Das hat er damals in seinem Namen gesagt!) Ja in seinem Namen. Da rief ihm ein Pole in der höchsten Erregung zu: So, Sie wollen den Russen das Maul mit polnischen Fesseln stopfen? Auf diese Politik sollten wir uns festlegen. Das haben wir abgelehnt, und ich glaube, wir haben dabei im Sinne der Partei gehandelt, und in Anerkennung der Rechte der in Betracht kommenden Randstaaten. Wir weisen es also nochmals zurück, wenn man daraus macht, wir hätten eine Zerstückelungspolitik betrieben. Das haben wir nicht getan. Nach West-Jitomski haben wir verlangt, daß mit dem Selbstbestimmungsrecht dieser Randstaaten Ernst gemacht wird. Dafür haben wir gekämpft gegen Rudendorff und die Leute, die sich dabei der Unterstützung von Cohen und seiner Freunde in der „Rostischen Zeitung“ zu erfreuen hatten. Die Sache liegt so, daß die Cohen'sche Politik nach Osten völlig illusorisch, völlig undurchführbar war. Wir hätten einmal versuchen sollen, den Esten, Letten, Litauern, Georgiern und den anderen Randvölkern das Selbstbestimmungsrecht zu unterbinden. Was wäre daraus entstanden? Wer sollte das tun? Die Cohen'sche Politik war hier ganz einfach eine Politik des Wahnsinns.

Ich muß noch auf den Ausfall Cohens gegen Erzberger zurückkommen. Er hat gegen die Regierung den Vorwurf erhoben, sie habe Erzberger bei den Waffenstillstandsbedingungen gewähren lassen. Weil ich die Vorgänge hinter den Kulissen kenne, weil ich die Schwierigkeiten kenne, die der Tätigkeit Erzbergers entgegenstanden, halte ich es für meine Pflicht, festzustellen, daß er ihnen mit unbestreitbarer Energie und häufig glücklichem taktischen Geschick entgegenzutreten mußte. Ich wende mich gegen die Erzberger-Hebe und weise darauf hin, daß sie von Leuten ausgeht, denen gar nicht bekannt ist, und gar nicht bekannt sein kann, mit welchen Schwierigkeiten die Waffenstillstandskommission zu kämpfen hatte. Auch was Cohen von der Waffenstillstandskommission gefordert hat, ist nichts anderes als gottverlassene Illusion. Es ist eine naive Auffassung, zu behaupten, man hätte die Franzosen nur streicheln sollen, dann wären sie schon liebenswürdig geworden. Das widerspricht schnurstracks allen Tatsachen. Man soll doch nicht vergessen, daß wir gerade mit Hoch und den Imperialisten und Monarchisten zu verhandeln hatten, den erbittertesten Gegnern Deutschlands, die seine Zerstückelung und Wehrlosmachung als unerbittlich festgehaltenes Ziel verfolgten. Sie sagten sich, jetzt ist die Gelegenheit günstig, jetzt muß das linke Rheinufer fallen. Ich erinnere an das Saarbeden, an die seit Monaten festzustellende Forderung der Abtrennungsbefreiungen im Rheinland, an seine wirtschaftliche Absperrung. Hier erkennt man eine ganz überlegte und rücksichtslos verfolgte Politik der Zertrümmerung Deutschlands. Alles das besteht für Cohen nicht. Alles das soll Erzbergers Schwandel sein. Erzberger soll dem deutschen Volk weisgemacht haben, daß die französischen Imperialisten uns klein machen wollen. Auf der andern Seite soll es nur verständigheitsbezogene Politik geben. Soll man darauf ernstlich antworten? (Zahlreiche Rufe: Nein!) Ich betundere nur die Kühnheit Cohens, mit der er diese offenbar falsche Auffassung immer noch vertritt.

Cohen hatte noch einen andern Konflikt mit der Fraktion, der schließlich dahin geführt hat, ihm die Vertretung der auswärtigen Politik der Fraktion im Hauptausschuß zu entziehen. (Hört! hört!) Ich erinnere daran, daß

Cohen zu den Leuten um Bernhard von der „Vossischen Zeitung“ gehörte. Den Leuten, die für den unbeschränkten U-Boot-Krieg eingetreten sind. Er war Anhänger und machte Stimmung für die Tirpitz-Politik. Er gehörte zu denen, die mitwirkten, um die U-Boot-Kriegserklärung durchzuführen. (Zuruf: Keine Nummer!) Er versuchte auch die Reichstagsfraktion für seine Auffassung zu gewinnen. Dabei ist er böse abgefallen. Die Fraktion hat damals den Schluß gezogen, daß Cohen infolge seiner Unterstützung dieser Politik nicht geeignet sei, die auswärtige Politik der Partei im Hauptauschuß zu vertreten. Cohen hat sich dann an die „Vossische Zeitung“ gehalten, die ja noch mehrere solcher gekränkten Leberwürste um sich versammelt hat. (Große Heiterkeit und Zustimmung.)

Genosse Bernstein hat wieder in dem Sinne gesprochen, daß Deutschland allein am Kriege schuldig sei. Diese Auffassung entspricht nicht der Wahrheit. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß auch die deutsche Diplomatie einen Teil der Schuld trägt, und einen nicht kleinen Teil. Aber allein ist Deutschland nicht schuldig. Wer das jetzt behauptet, der durchkreuzt die Protestpolitik in Frankreich und England, der verhindert unsere Gesinnungsgenossen in den feindlichen Ländern, für uns einzutreten. Und nicht nur das: er stellt sich auch in Gegensatz zu Laurès. Laurès ist gefallen, weil er die gefährliche Rolle erkannt hat, die Rußland damals spielte, weil er von den französischen Ministern verlangt hat, daß sie rücksichtslos mit Rußland brechen sollten. Marcel Cachin erklärt in der Nummer der „Humanité“ vom 1. August 1914, die Schwarz umrandet ist, in einem Aufruf für Laurès, daß Laurès bei seiner Unterhaltung mit den „ohnmächtigen oder verblendeten Ministern“ kein Verständnis gefunden habe und dann entschlossen war, sich in der „Humanité“ mit aller Offenheit an das französische Volk zu wenden. Bevor er das ausführen konnte, traf ihn die Kugel des Mörders.

Was die elsaß-lothringische Frage betrifft, so hat Bernstein auch das Verhalten der Partei in dieser Angelegenheit nicht genau wiedergegeben. Die elsaß-lothringische Politik der deutschen Sozialdemokratie stützte sich auf die Beschlüsse, die in Chemnitz, in Paris, in Bern und Basel (1914) gefaßt worden sind, und in der Forderung gipfelten: demokratische Autonomie innerhalb des Rahmens des Deutschen Reiches. Hiermit war den Elsaß-Lothringern Selbstbestimmung in weitestgehendem Maße zugestimmt. Diese Vereinbarung, für die auch die französischen Genossen gewonnen waren, soll durch den Weltkrieg aufgehoben worden sein, weil Deutschland die Franzosen angegriffen überfallen hat. Diesen Standpunkt konnten wir uns selbstverständlich nicht zu eigen machen. Nach 1917 haben sich die elsaßischen Reichs- und Landtagsabgeordneten für die demokratische Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches eingesetzt und die Fraktion entsprechende Schritte bei der Reichsregierung getan.

Genosse Bernstein hat weiter von der praktischen Bedeutung der Internationale gesprochen. Sie hat eine praktische Bedeutung. Das steht außer Frage. Aber in der Geschichte des Krieges wird eine Darstellung der Ohnmacht der Internationale viel umfangreicher sein, als die ihrer praktischen Bedeutung. (Lebhafte Beifall.) Ich erinnere an die Körperverletzung für Stockholm. Dieser Vorgang wirkt schlaglichtartig. (Lebhafte Beifall.) Ich brauche nicht weiter darüber zu sprechen. Auch der Streik in Frankreich wird in erster Linie für die Interessen der französischen Arbeiterschaft geführt. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb sprechen wir den französischen Genossen keineswegs ihre Empfindung für ihre internationalen Pflichten ab. Sie sind aber nicht stark genug, sich damit durchzusetzen. Man beachte den Ausschluß der Gewerkschaftsinternationale von den Friedensverhandlungen, ferner

die Behandlung der Berner Beschlüsse. Man beachte ferner, daß die Kommission, die in Amsterdam zusammentrat, und wegen deren Beschlüsse Bernsteins Herz höher schlug, von dem mächtigen Rat der Vier nicht einmal empfangen wurde. Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit ferner auf die Geheimdiplomatie, gegen die sich unsere Genossen in den feindlichen Ländern vergebens wehren. Nicht einmal die Friedensbedingungen werden in ihrem eigenen Lande veröffentlicht! Die Arbeiterschaft kann dagegen nichts machen. Trotzdem erwartet Bernstein alles von ihrer Hilfe. Den Willen zur Hilfe hat sie, aber die Macht fehlt. Damit müssen wir rechnen. Die Internationale wird ihre Kraft erst entfalten können, wenn die Sozialdemokraten in den gegnerischen Ländern es erst einmal so weit gebracht haben, wie die Sozialdemokraten im Deutschen Reich. (Lebhafte Beifall.) In dieser Zwangslage muß unsere ganze Kraft darauf gerichtet sein, die Sachwalter der Rechte der deutschen Arbeiterschaft und der Interessen des deutschen Volkes zu sein. (Lebhafte Beifall.) Wer soll denn diese Aufgabe übernehmen für unser geschlagenes Volk, wenn nicht wir? (Lebhafte Beifall.) Von der Internationale drüben können wir das nicht erwarten. Das sind die Parteien in den freigelegten Ländern. Wir müssen unserem armen Volk diesen Dienst leisten, und dagegen hat Genosse Bernstein sich ungerne vergangen, indem er gesagt hat, daß diese Friedensbedingungen zu neun Zehnteln berechtigt seien. (Bernstein: Das habe ich nicht gesagt!) Es sollte mich sehr freuen, wenn Sie das ausüben können. Hoffentlich ist es möglich. Ich will nur sagen, diesen Vertrag hat Wolf Hoffmann im Preussischen Landtag als einen Fallsabjahnungsvertrag bezeichnet und Smoloden hat ihn kürzlich als die reinste Schutzerei bezeichnet.

Unser Volk ist in höchster Lebensgefahr. Die deutsche Arbeiterschaft ist bedroht mit dem Untergang ihrer Kultur. Wir sind an erster Stelle berufen, ihre Interessen wahrzunehmen und mit unserer ganzen Kraft uns dafür einzusetzen. Die Sozialdemokratie trägt das Schicksal des deutschen Volkes in der Hand. Das ist eine gewaltige Aufgabe, das ist eine gewaltige Verantwortung vor der Geschichte. Seien wir uns dessen bei jedem Wort, das wir sprechen, bei jeder Handlung, die wir tun, bewußt. (Stürmischer Beifall.)

Die Fortsetzung der Debatte wird auf Nachmittag vertagt. Zu einer Erklärung erhält noch das Wort der Reichswehrminister Noske.

Reichswehrminister Noske: Die Genossen Davidsohn, Krätzig und andere haben heute morgen gefragt, ob es richtig ist, daß deutsche Truppen, darunter die Eiserne Division, gegen die Esten und Letten im Kampf stehen, und der Genosse Krätzig hat, wie mir mitgeteilt worden ist — ich war heute morgen nicht da — erklärt, er habe die Reichsregierung, und zwar mich, vor zwei Tagen auf diese Vorgänge schon besonders aufmerksam gemacht. Der Genosse Krätzig hätte hinzufügen müssen, daß er damals auch schon von mir eine erschöpfende Antwort auf diese Frage, die jetzt vor dem Parteitag wiederholt worden ist, erhalten hat. (Hört, hört!) Die Sachlage in Kurland und Lettland ist durch wiederholte Erklärungen der Reichsregierung, u. a. durch eine Erklärung des Reichsministers Erzberger an die Entente, die heute oder gestern morgen erst in der Presse erschienen ist, erneut klargestellt. Im Gegensatz zu den Ententestaaten vertritt die Reichsregierung die Auffassung, daß wir nicht nötig haben, dem Gebot zu folgen und deutsche Truppen in Litauen und in Kurland weiter stehen zu lassen. Infolgedessen ist vor Wochen schon von der Reichsregierung der Befehl erteilt worden, mit dem Abtransport der Truppen aus Kurland und der Zurückverlegung der Front in Litauen zu beginnen. Diese Operationen sind eingeleitet. Es sind aus Kurland 2 Divisionen zurückgezogen, die wir zum Schutze der bedrohten Provinzen, be-

sonders Posenischer Distrikte und westpreussischer Distrikte eingeleitet haben. Der Abtransport kann nur langsam vor sich gehen, weil die Bahnverbindung ungünstig, das rollende Material außerordentlich gering ist. Aber es stehen nirgends deutsche Truppen in Kampfhandlung mit Esten oder Letten. (Hört, hört!) Wichtig ist — das ist Ihnen bekannt —, daß im November, Dezember oder auch noch bis in dieses Jahr hinein eine ganze Anzahl von deutschen Leuten für die baltische Landeswehr geworben worden sind, daß daneben einzelne Formationen sich aus Freiwilligen rekrutierten. Nach Kurland sind eine ganze Anzahl von Leuten gegangen, nachdem die damalige kurländisch-lettische Regierung das Versprechen abgegeben hat, nach der Sicherung der Selbstständigkeit des Landes werde diesen deutschen Soldaten die Möglichkeit der Ansiedlung in Kurland gewährt werden. Auf diese Zusicherung hin sind Tausende von Leuten nach Kurland gegangen. Sie haben das Recht, bei Innehaltung der Kündigungsfrist, die, wie Sie wissen, jetzt für die Freiwilligenverbände sehr kurz bemessen ist, aus ihren Formationen auszuscheiden. Beim Rückzug der deutschen Divisionen haben eine Anzahl von Leuten erklärt, daß sie aus dem deutschen Heeresverband ausscheiden und in die baltische Landeswehr übertreten. Darauf kann die Regierung einen Zwang nicht ausüben. Die Leute sind aber darauf aufmerksam gemacht worden, daß alles, was sie dort tun, was ihnen geschieht, ausschließlich auf eigene Rechnung und Gefahr geht, und keiner der Leute, die jetzt in die baltische Landeswehr eintreten, hat Anspruch auf deutschen Schutz und deutsche Unterstützung, sondern mit dem Augenblick des Austritts aus den deutschen Formationen und dem Augenblick des Uebertritts in die baltischen Formationen verlieren alle diese Leute die deutsche Staatsangehörigkeit.

Diese Mitteilungen sind, wie gesagt, zum Teil früher von mir, zum Beispiel im Friedensauschuß gemacht worden, in Gegenwart des Genossen Präsig, und diese Mitteilungen sind, vielleicht in etwas gekürzter Form, vor zwei Tagen von mir ihm abermals vorgetragen worden. Danach glaube ich die Frage erneut dahin beantworten zu können: es ist nicht richtig, daß deutsche Truppen, darunter die Eiserne Division gegen Esten und Letten in den Kampf gehen. (Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein; Schluß 1 Uhr 12 Minuten.

### Nachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Heinrich Schulz.

Die Debatte über die Referate Scheidemanns und Bernsteins wird fortgesetzt.

Schlich (Dreslau): In die auswärtige Politik im allgemeinen will ich mich nicht hineinmengen, da ich deren Erörterung für zurzeit nicht praktisch gehalten habe, und die Debatte hat ja auch bereits ergeben, daß ich damit recht habe. Bernstein ist allerdings anderer Meinung. Nach der Art, wie er heute aufgetreten ist, dürfte er freilich nicht den Sitz gebrauchen, daß Graf Rankau kein internationaler Sozialist sei. Bernstein ist noch mehr als internationaler Sozialist, er ist nach seiner heutigen Rede antinationaler Sozialist. (Widerspruch.) Er nimmt ja verschiedenes von dem, was er gesagt hat, anscheinend wieder zurück. Das beweist mir, daß er immer noch der alte Geblieben ist, wie wir ihn schon seit längeren Jahren gekannt haben, daß er manches schreibt und spricht, was er nachher nicht beantworten will. Er hat zweifellos die Wendung von den neunzig Prozent gebraucht. Wenn er das in seinen schriftlichen Aufzeichnungen anders gesagt hat, so wird er es

ja nachher richtigstellen können; ob es noch zurechtkommt, ist eine andere Frage. Aber wenn Bernstein bei Erzberger die Verwandlungsfähigkeit rühmt, so habe ich dabei doch so eigene Gedanken gehabt, daß Bernstein jedenfalls am wenigsten dazu berufen war, in dieser Frage etwas zu sagen. Ich hatte bei seinen Ausführungen die Auffassung, daß Bernstein bei seiner letzten Wandlung die Tür vertrocknet hat: zu uns ist er gekommen und zu den Kommunisten wollte er wahrscheinlich. Wir haben Bernstein ja lange bei uns in Breslau als Abgeordneten gehabt, er hat einen erheblichen Teil des schlesischen Volkes vertreten, und ich muß bedauern, daß er heute einen recht erheblichen Teil der Schlesier einfach preisgegeben wollte, noch dazu mit keiner Berechtigung.

Genosse Scheidemann führte aus, daß er an eine Gegenrevolution nicht recht glaube, aber trotzdem die Genossen warnen und sie auffordern, wachsam zu sein. Das war sehr berechtigt, und es wird draußen im Lande auch richtig verstanden werden. Trotzdem aber meine ich, ist manches hier nicht geschehen, was hätte geschehen können von seiten unserer Genossen in den Forderungen, um der Partei draußen nicht nur größeres Wachstum zu sichern, sondern auch die Stabilität der Partei zu erhalten. Es ist doch kein Geheimnis, daß viele auf den Parteitag gekommen sind, um hier einmal laut und deutlich die Forderungen der Genossen zu vertreten, damit nicht immer draußen etwas erwartet wird, was nachher nicht geschieht. Es ist zweifellos richtig, es ist ein Unglück für die Partei, daß wir heute eine Regierungspartei sind. Unsere Genossen erwarten daher von den Genossen in der Regierung, daß sie nun ganz schnell das durchführen, was sie angekündigt haben. In der Frage der Sozialisierung, der Ernährungsfrage und der Demokratisierung hat man die Forderungen recht weit gespannt und sie sind leider bisher wenig erfüllt worden. Durch die Presse ging neulich eine Notiz, daß auf eine Forderung, ich glaube der brandenburgischen Landwirte, der Ernährungsminister eine Antwort erteilt hat, die sich, wie man zu sagen pflegt, gemächlich hat, die jedenfalls ganz berechtigt war. Aber in dieser Antwort ist ein Satz enthalten: wenn wir nicht durchbringen, werden wir erst einmal sämtliche Landräte hinaus-schmeißen, die allein dafür verantwortlich zu machen sind. In diesem Satz ist das ausgesprochen, was wir ja alle wünschen, und da sind wir überrascht über manche Tätigkeit unserer Genossen, insbesondere in der preussischen Regierung.

Heine hat gesagt, er habe nur acht Fälle erhalten, die sich gegen Gemeindevorstände, Landräte usw. richten. Ich allein habe ihm 49 Beschwerden gegen Amts- und Gemeindevorsteher sowie Landräte übergeben. Das Material ist hier. Ebenso ist hier das Material, gegen das Heine gestern in seiner Rede glaubte polemisieren zu müssen, indem er sagte, es seien Namen und Wohnort vielfach nicht genannt worden. Ich gebe den Kollegen, die Interesse daran haben, Einsicht in das Schriftstück. Heines Behauptung war also unrichtig. Beschwerden gegen Gemeindevorstände sind ihm 80 zugegangen; wegen Absetzung von Landräten 7, das alles in einem einzigen Bezirk. So wird es auch in den übrigen Bezirken liegen. Aber Heine weiß nicht, was alles in seinem Ministerium vorliegt. Daher ist es der lebhafteste Wunsch der Parteigenossen, daß er Parteigenossen heranzieht, die an seiner Stelle die Sachen prüfen. Dann werden solche Fehler nicht mehr vorkommen. Die Fraktion in der Preussischen Landesversammlung hat beschlossen, daß bei der Entlassung von Landratsposten usw. auch die Parteinstanzen gefragt werden. Genosse Heine richtet sich leider nicht danach, er bestimmt diejenigen Leute, die er für richtig hält, selbstständig. Im Gemeindeauschuß sind wir dafür eingetreten, daß die Anstellung und Entlassung der Beamten dem Staats-

minister verbleibt. Seine hat das den Kreistagen überlassen. Er selbst hat aber die Kreistage als abschreckendes Beispiel hingestellt, wie es nicht gemacht werden soll. Wenn er nun weiß, daß diese Kreistage heute nicht demokratisch zusammengesetzt sind, so darf man diesen Kreistagen auch diese Macht nicht einräumen. Wir haben heute in Preußen erst einen sozialdemokratischen Landrat, einen sozialdemokratischen Regierungspräsidenten und zwei sozialdemokratische Oberpräsidenten. Das ist die ganze Demokratisierung. Auf diesem Gebiete verlangen wir bald bedeutend mehr. Da sollte sich Seine die Keden ersipaten, die er gegen die Novembersozialisten, Freiherren von Meibitz und andere immerfort vom Stapel läßt, er sollte lieber auf diesem Gebiete einmal etwas Durchgreifendes tun, damit unsere Genossen sehen, daß hier auch wirklich etwas geschieht, sonst stehen wir vor einem Schiffbruch der ganzen Partei. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ein Teil der Ausführungen des Redners gehörten zwar nicht streng in die Debatte über auswärtige Politik, aber ich hoffe, daß er daraufhin in der weiteren Debatte nicht mehr zu reden braucht.

Frau Bloß: Man hat diesen Parteitag den Parteitag der Verantwortung genannt; aber ich habe das Gefühl, daß die Begriffe der Verantwortlichkeit recht wandelbar sind, und daß der Genosse Bernstein sich nicht bewußt ist, wie verantwortungslos er gehandelt hat. Er hat der Fraktion vorgeworfen, daß sie am 4. August die Kredite bewilligt hat. Wenn ich mich recht erinnere, hat der Genosse Bernstein zu denen gehört, die die Kredite damals bewilligt haben. Er hat also sein Maß der Verantwortung auf sich genommen, und wer von uns erlebt hat, wie die Parteigenossen damals mit sich gerungen haben, wie sie das Gefühl der Verantwortung so unendlich schwer genommen haben, ob sie die Kredite bewilligen sollen oder nicht, der weiß, daß sie gewußt haben: wir tragen eine ungeheure Verantwortung, und wir übernehmen diese Verantwortung, weil wir unsere Heimat schützen wollen, weil wir unsere Frauen und Kinder davor schützen wollen, daß der Feind ins Land bricht, sonst wäre Deutschland demselben Schicksal verfallen wie Frankreich und Belgien. Wir Frauen lieben unsere Heimat und haben ein Recht, sie zu lieben, und wir begreifen wohl, was die Frauen unserer Feinde durchgemacht haben. Und wir wollen ihnen helfen, indem wir Brüdern der Verständigung errichten. Aber wir Frauen haben auch im Kriege unser Teil Verantwortlichkeit getragen. Wir haben so gut wir konnten denen geholfen, die durch den Krieg so unendlich schwer haben leiden müssen. Wir scheint, es ist ein ungeheurer Fehler, daß immer wieder gesagt wird, Deutschland sei allein schuldig. Schuld an diesem Kriege sind alle Mächte, die 40 Jahre lang nur für den Krieg gerufen haben. Ist aber Deutschland allein schuldig, so würde das heißen, daß wir gar keinen Rechtsfrieden verlangen können, sondern nur einen Straffrieden. (Sehr richtig!) Es wird immer davon gesprochen: wir wollen den Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit haben. Wir sind in Deutschland bereit, nach Kräften gut zu machen, was in diesem Kriege gesündigt worden ist, aber wir wollen nicht als Strafobjekt für die ganze Welt gelten. Unsere Fraktion hat nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, als sie die Heimat schützte, und als sie die schwere Verantwortung auf sich nahm. Es ist sehr viel einfacher unverantwortlich zu sein, wie es gewisse Leute tun, als verantwortlich sein.

Nun sagt Bernstein, er erkenne neun Zehntel der Friedensbedingungen als berechtigt an. Welches Zehntel ist unberechtigt? Darüber hat er uns nichts gesagt. Ich bin aber überzeugt, daß neun Zehntel anerkennen für Deutschland bedeutet: Hunger, Arbeitslosigkeit, Vernichtung aller Arbeiter-

schafsgesetze, aller Arbeiterversicherungsgesetze, aller Bohntarife, den Untergang der Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Aber wie werden nicht nur Hunger und Arbeitslosigkeit bekommen, wir werden gleichzeitig alles verlieren, was wir an Gleichheit, Freiheit und Würdevollheit von ganzem Herzen erstrebt haben, es würde bedeuten, daß wir in Deutschland die Anarchie haben, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt, und davor wollen wir als Frauen künftige Geschlechter bewahren, indem wir uns dagegen auflehnen, daß gesagt wird, Deutschland allein sei schuld und müsse den Straffrieden auf sich nehmen. (Beifall.)

Sammer-Leipzig: Es mag paradox klingen, wenn ich sage, ich habe gegen den Antrag, die Auslandspolitik auf die Tagesordnung zu setzen, gestimmt, weil ich dafür bin, daß sie behandelt wird. Aber nicht im gegenwärtigen Zeitpunkt. Die Auslandspolitik ist von uns von jeher vernachlässigt worden. (Sehr richtig!) Es muß deshalb eine ausgiebige Erörterung dieser Frage Platz greifen, aber nicht im Augenblick, wo die Vorbereitungen dazu fehlen. Wir sind von der ganzen Welt abgeschnitten. Wir sind für unsere Kenntnis des Auslands auf die englischen und französischen Zeitungen angewiesen, die unter dem Eindruck einer streng gehandhabten Zensur geschrieben sind. Nun steht aber die Sache einmal auf der Tagesordnung und wir müssen uns dazu äußern. Der Genosse Bernstein hat mit seiner Meinung keine große Gegenliebe gefunden, und ich habe auch kein Verständnis für seine Ausführungen. Es geht ihm, wie dem Genossen Eisner. Für diese einseitige Wahrheits-sucherei werden wir deutschen Arbeiter niemals Verständnis haben können. (Sehr richtig!) Als ich in den französischen Zeitungen las, wie auf einmal der Genosse Eisner zu einem Staatsmann von Mammuthgröße empor-schnellte, sagte ich zu mir, auf Eisners Grab muß geschrieben werden: er litt arg am Wahrscheinlichkeit. Dieser Wahrscheinlichkeit nützt nur den weststaatlichen Regierungen und den ihre Politik stützenden Abgeordneten, ist aber sehr schädlich für unsere Genossen in Frankreich und England, die da gegen ihre eigenen Reaktionen auftreten. Ich will damit nicht sagen, daß die Schuld unserer Reaktionen besonders gering sei, aber die Schuld ist bei den ausländischen Regierungen mindestens ebenso groß wie bei uns. Das sage ich auf Grund eines 20jährigen Aufenthaltes im Ausland. Ich kann die Haltung der französischen und englischen Genossen im Anfang des Krieges verstehen, weil die ganze Welt die Sache unter einer fremden Brille betrachtete. Es kann niemand aus seiner Haut heraus, und auch der Genosse Bernstein nicht. Dank des Nachrichtenmonopols war die englische Presse imlande, die ganze übrige Presse, auch die Arbeiterpresse, zu beeinflussen. Wenn ich manchmal im Ausland den außenpolitischen Artikel im „Vorwärts“ las, glaubte ich ähnlicher Sätze aus den „Daily News“ zu finden, mit anderen Worten, die Internationale Partei hatte keine eigene kraftvolle internationale Politik. (Sehr richtig!) So kam es, dank diesem Nachrichtenmonopol Englands, daß aus der französischen Defeatung auf einmal eine französische Wiebergeburt wurde, aus dem blutledenden russischen Wären wurde der christlich schlichte Petros, aus den Rosakenhorben, die die ganze Welt bedrohten, wurden preußische Wänenhorben und aus dem Zarismus wurde der Kaiserismus. Diese Wandlung des Geistes haben wir während des Krieges bei unseren französischen und englischen Genossen gesehen.

Nun hat Genosse Bernstein eine ganze Menge Beschlüsse der englischen und französischen Genossen zu unseren Gunsten als Beweise ihrer guten internationalen Gesinnung zitiert. Das bestreite ich nicht, aber ebenso leicht wäre es, ebenso viele Neben oder Beschlüsse dagegen anzuführen. Im großen und ganzen waren es nur Worte, die durch Beschlüsse, Tätigkeit oder Unter-



lassungen geschwächt, ja aufgehoben worden sind. Wir hätten von jeher dem Ausland etwas kritischer gegenüberstehen müssen. Unsere Parteipresse hat von jeher das Ausland verhetzt auf Kosten unserer eigenen Bewegung. (Sehr richtig!) Und ich habe mich als Arbeiter im Ausland oft bemüht, in der deutschen Parteipresse eine andere Meinung zu machen, und bin deswegen oft sehr angefeindet worden. So konnte es kommen, daß unsere Genossen in Frankreich und England zu Beginn des Krieges unter dem Einflusse dieser Meinungs-mache daran waren, alle Schandtatzen, die uns zur Last gelegt wurden, restlos zu glauben; sie glaubten sogar die Verleumdungen zu Fälschung und die Handhaberei. Es war uns unverständlich, daß die Genossen uns für so schlecht hielten, die wir doch jederzeit die internationalen Pflichten erfüllt haben, und gerade die internationale Pflichterfüllung ist uns teilweise zum Strauß geworden. Die Genossen im Ausland haben sich selbst unserer Opferwilligkeit nicht erinnert. Sie ließen sich so stark von der feindlichen Presse beeinflussen, daß für eine uns günstige Meinung kein Platz mehr blieb. Das ist im wesentlichen auch unsere Schuld. Denn uns fehlte ein zweitägiger Nachrichtendienst im Ausland. Dieses Uebel muß unter allen Umständen beseitigt werden. Wir müssen unseren ausländischen Nachrichtendienst verbessern. Die finanzielle Beschränkung auf diesem Gebiete, die die Wurzel alles Übels ist, muß verschwinden. Die siebente Großmacht muß mehr in den Dienst unserer Interessen auch im Ausland gestellt werden. Was muß geschehen zur Beeinflussung des Auslandes? Die paar Auslands-korrespondenten, die wir in Paris und London gehabt haben, waren so schlecht bezahlt, daß sie sich nicht rühren konnten. Sie sind als Proletariat geboren und wurden wie Proleten bezahlt. Als ich 1912 Kötting, den Berichtshalter des Weltblattes „Vorwärts“ aufforderte, mit mir in das Bergarbeiterrevier zu reisen, um den Streik zu beobachten, sagte er mir, er müsse deswegen erst nach Berlin schreiben, ob es dort gewünscht werde. Nach einigen Tagen sagte er mir dann auch, daß die Zustimmung aus Berlin eingetroffen sei. Unter solchen Umständen ist natürlich eine gründliche und nützliche Arbeit nicht möglich. Machen wir die Auslands-korrespondenten in finanzieller Beziehung unabhängig, dann gewinnen wir vermuthlich vorzügliche Kräfte im Dienste unserer Auslands-politik, und können durch Austausch immer wieder für Nachwuchs sorgen. Fachleute für die Auslands-politik haben uns gefehlt. Nebels Reden beim Etat des Auswärtigen Amtes waren zweifelsohne schöne Agitationsreden, sonst aber nicht viel mehr, jedenfalls fanden sie in der Welt wenig Beachtung, noch weniger Einfluß haben sie auf die auswärtige Politik der Regierung gehabt. (Glockenzeichen.) Ich höre schon den Großglockner und werde mich beilen. (Weiterleit.) Ich habe einen Antrag gestellt über die Aufstellung eines Planes für das ausländische Nachrichtenwesen. Nehmen Sie die Sache sehr ernst, denken Sie daran, daß der Krieg für uns noch nicht beendet ist, denn wir haben die große Aufgabe, den Krieg gegen die kapitalistische Gesellschaft der ganzen Welt zu führen. Wir können sicher sein, daß die internationale Kapitalistenpresse alle Register ziehen wird, um unser Streben herabzusetzen, Mißgriffe übertreiben wird, um die große Idee, die der deutschen Revolution zugrunde liegt, die wirtschaftliche Verelendung, lächerlich zu machen, zu unterdrücken. Darum wünsche ich den Ausbau im ausländischen Nachrichtenwesen. Er gehört mit dazu, um den Sieg des Sozialismus herbeizuführen. (Beifall.)

**Vorsitzender Heinrich Schulz:** Gegenwärtig wird die Resolution zur auswärtigen Politik, Drucksache 244, verlesen.

**Dr. Ludwigsburg:** So ökonomisch unser Parteitag auch mit seiner Zeit vergehen muß, es läßt sich doch nicht vermeiden, daß alle Redner den Protest

wiederholen, den die ersten Diskussionsredner gegen das dumme, unglückselige gemeinschaftliche Wort Bernsteins von der Neutralität-Berechtigung der feindlichen Friedensbedingungen erhoben haben. Das Wort ist schädlich nicht nur für Deutschland, sondern auch für den Internationalismus, für den Bernstein eingetreten ist. Die Genossin Bloss hatte recht zu fragen: Welche neun Zehntel der feindlichen Friedensforderungen sind berechtigt und welches Zehntel lehnt Bernstein ab. Die Wegnahme des Saargebietes, die 16jährige Besetzung der Rheinlande, die Abtrennung Oberschlesiens, die Abtrennung anderer reindöner westlicher Gebiete, der Versuch, rein deutsche Gebiete Schlesiens an Dänemark aufzugewinnen, die Wegnahme der Kolonien, der Kabel, die Ueberwachung der Funkentelegraphie, die Handelskontrolle durch den Feind, das alles sind Forderungen, von denen alle zehn Zehntel unbedeutend und unmöglich sind. Sie verstoßen nicht nur gegen Bohns 14 Punkte, sondern auch gegen die Grundanschauungen des Sozialismus und des Internationalismus. (Lebhafter Beifall.) Unsere Hauptaufgabe ist es in diesem Augenblick, alle Kraft und Wucht gegen die feindlichen Friedensbedingungen einzusetzen zur Vermeidung der Schrecknisse, die ihre unausbleiblichen Folgen sein würden. Damit leisten wir dem Vaterlande den größten Dienst. Das ist unendlich viel wichtiger als rückwärtige Kritik über die Taktik der Partei während des Krieges.

Ein Wort nur zur Kreditbewilligung. Soweit darüber unter uns Meinungsverschiedenheiten bestehen, werden wir uns gegenseitig nicht überzeugen. Wir wissen aber, daß die Volkstimmung wandelbar ist. Dafür haben wir in den letzten Monaten Beispiele genug erlebt. (Sehr richtig!) Es können auch Zeiten kommen, in denen der chauvinistische Nationalismus wieder einen stärkeren Resonanzboden findet. Gestern ist hier von Links-abmarsch gesprochen worden, der sich von uns zu den Unabhängigen, von da zu den Kommunisten vollzogen hat. Diese Entwicklung schlägt bei den Kommunisten wieder um. Die Wirtsköpfe, die rasch ins kommunistische Lager übergegangen sind, setzen zum Teil schon jetzt den Linksabmarsch in einer merkwürdigen Kurve fort und fahren in das alldöner Lager zurück. (Zuruf: Das ist der Fall!) Ja, das ist der Fall. Es wird uns künftig von großem Vorteil sein, wenn wir beweiskräftig nachweisen können, daß uns nicht der Schein eines Verschuldens am Unglück unseres Volkes trifft. Schon jetzt wird von gewissen Kreisen behauptet, die Revolution sei schuld an dem Zusammenbruch. Jedes Kind weiß, daß mit dieser Behauptung die Dinge auf den Kopf gestellt werden. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wie leicht hätten wir aber den nationallistischen Demagogen die Arbeit gemacht, wenn wir z. B. im Sommer 1918 die Kredite nicht bewilligt hätten. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Mit wenig Nutzen kann auch die persönliche Schuld am Kriege erörtert werden. Das ist heute ganz unmöglich, da uns ja gar nicht das ganze Tatsachenmaterial vorliegt. Auf die tiefen Ursachen des Krieges hat Bernstein selbst in seiner Resolution hingewiesen. Es ist unhistorisch und unmoralisch, wenn wir uns jetzt auf die Erörterung des persönlichen Anteils der Staatsgewaltigen von 1914 an dem Kriegsausbruch einlassen. Es wäre außerdem einseitig und ungerecht, darüber zu urteilen, ehe alles Aktenmaterial bekannt ist. Was Bernstein gegen die sogenannte Kontinentalpolitik vorgebracht hat, unterschreibe ich vollständig. Es handelt sich hier um eine fixe Idee. (Beifall.) Cohen und seine Anhänger gehen dabei von der falschen Spekulation aus, die auch die frühere deutsche Regierung zu falschen Schritten verleitet hat. Diese bildete sich ein, durch Zettelerei und dunkle Einflüsse die Gegner auseinanderbringen zu können. Mit dieser falschen Spekulation hat sie die übelsten Erfahrungen gemacht. Die Gegner haben sich

während des Krieges nicht auseinanderbringen lassen, und es wird mindestens so lange nicht geschehen, als sie mit Deutschland Abrechnung halten wollen. Unsere Politik darf nicht darauf gerichtet sein, Konfliktstoffe zwischen die gegnerischen Staatenlenker zu werfen. Die Politik einer deutschen Regierung, an der die Sozialdemokratie führend beteiligt ist, muß so geartet sein, daß sie in jedem Augenblick vor dem gesunden Urteil aller Völker ohne Unterschied bestehen kann.

Wir haben in dieser Debatte und in den Reseraten von Scheidemann und Bernstein fast ausschließlich unseren Blick gen Westen gerichtet. Wir sprechen über die Haltung der Entente, der Ententevölker, der Sozialisten der Weststaaten. Wir dürfen aber auf diesem Parteitag auch unsere Freunde in Südosten nicht vergessen. Sie sind auf den Parteitagen vor dem Kriege regelmäßig unsere gern gesehenen und freudig willkommengeheißenen Gäste gewesen. Heute fehlen sie. Ich meine unsere Brüder in Deutschösterreich. Ihre Vereinigung mit dem Deutschen Reich, mit ihren Stammesgenossen, soll ihnen verboten werden durch den Frieden, den die Entente den Reichsfrieden nennt. Die „böllige Unabhängigkeit“, die der Friedensvertrag für Deutschland scheinbar Oesterreich-Ungarn zuspricht, muß nach dem gesunden Menschenverstand das Recht des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland in sich schließen. Und so hoffen wir, daß trotz des Versuches, diesen Anschluß unmöglich zu machen, unsere deutschösterreichischen Brüder binnen kurzem mit Deutschland vereinigt sein werden. Wir wenden sie dann in unserem Kreise begrüßen nicht nur als unsere Stammesbrüder, sondern auch als unsere Mitkämpfer, die mit uns die Bannerträger des internationalen Sozialismus sein wollen. (Beifall.)

**Sod:** Genosse Bernstein hat der Wirkung seiner Rede sehr dadurch geschadet, daß er sich verleiten ließ, dem schlechten Beispiel des Genossen Bels zu folgen und auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und der großen Mehrheit der alten Partei eingegangen. Wir alle, die wir Bernstein näher kennen, wissen, daß er sicher bestrebt gewesen ist, auch in diesem Teil seiner Rede gerecht zu sein. Er hat aber eins übersehen: wir können gegeneinander noch nicht gerecht sein, weil wir den Tatsachen noch zu leidenschaftlich gegenüberstehen. Genosse Bernstein ist denn auch in der Tat hier nicht dem gerecht geworden, worauf die Genossen der alten Partei Anspruch machen können.

Aber die, die deswegen über Bernstein zu Gericht sitzen, sind ihm gegenüber erst recht nicht gerecht gewesen. Genosse Bernstein ist von einem Mann, wie Braun aus dem Parteivorstand, also nicht dem ersten besten, der freilich auch unter dem augenblicklichen Eindruck der Bernsteinischen Rede gesprochen hat, so dargestellt worden, als wenn er kein Herz für die Reiden unserer Volksgenossen in Ostpreußen gehabt habe. Und ein anderer Redner hat sogar gesagt, Bernstein wäre antinational. Das ist ganz unbegründet. Was Bernstein tut, tut er aus heißer Liebe für sein Volk. (Sehr richtig!) Er sieht ein Stück seiner Lebensaufgabe gerade darin, für sein Volk in der Internationale zu wirken. (Sehr richtig!) Und weil er das unermüdet und immer geleitet von den Grundsätzen der Sozialdemokratie getan hat, hat er ein großes Ansehen in der ganzen Internationale, und deshalb bedeutet Bernstein etwas für die Welt und unsere eigene Partei. (Zustimmung.)

Die bestandenen Parteie aus der Rede des Genossen Bernstein sind falsch aufgefaßt worden. Man hat dem Genossen Bernstein seine Ausführungen über die Schuldfrage vorgehalten, und wie schon so oft, getan, als ob die, die an die Schuld der Imperialisten in unserem Lande erinnern, damit die Schuld der Imperialisten in den andern Ländern heruntersetzen wollten. Da-

von kann aber in Wahrheit keine Rede sein, Jeder von uns weiß, daß Schuldige in allen Ländern, also auch in den Ländern der gegnerischen Regierungen sind. Daß es aber unsere Pflicht ist, an die Schuld unserer Imperialisten zu erinnern, das ergibt sich auch aus der Rücksicht auf die Internationale; und die müssen wir im Auge behalten.

Mein Vorgesänger, Genosse Keil, hat ausgeführt, daß wir alle Kraft einsetzen müssen, um uns gegen diesen furchtbaren Frieden zu wehren. Wir alle tun das. Wir alle hoffen, daß diese Bemühungen einen Erfolg haben werden. Aber wir sind uns doch auch darüber klar: selbst bei dem größten Erfolg jener Bemühungen wird der Frieden, den wir bekommen werden, noch so hart sein, daß er gar nicht auf die Dauer bestehen kann. Unsere Zukunftshoffnung baut sich auf der Internationale auf, darauf, daß durch die Hilfe der Internationale dereinst die schlimmsten Bedingungen gemindert werden.

Mit Recht ist ausgeführt worden: wir bestreiten nicht, daß die Genossen der Internationale sich bemühen, jetzt für uns einzutreten, aber sie sind ohnmächtig, sie haben keinen Erfolg. Ganz richtig. Genau so, wie wir bei dem Frieden von Brest-Litowsk trotz all unserer Bemühungen ohnmächtig waren. (Sehr richtig!) Gerade Genosse David hat im Auftrage der Fraktion in schärfster Weise im Reichstag die Ungerechtigkeiten des Friedens von Brest-Litowsk bekämpft. Wir konnten es aber nicht ändern. Jetzt können es unsere Genossen im Auslande ebenfalls nicht ändern. Heute hat sich das Blättchen bei uns gewandt. Können wir nicht hoffen, daß sich das Blättchen auch in anderen Ländern wenden wird, und daß dann die Internationale kräftig genug sein wird, das, was in dem Friedensvertrag undurchführbar ist, zu beseitigen. Daran müssen wir arbeiten. Das können wir jedoch nur dadurch, daß wir uns auf den Boden der internationalen sozialdemokratischen Grundsätze stellen. Deshalb müssen wir — ich will den Genossen Cohen nicht noch einmal erschlagen, tote soll man in Ruhe lassen — eine zwar ganz kurze, aber auch ganz klare Abfrage ihm gegenüber aussprechen. Denn er ist der Vertreter der grundloslosen Politik. Er will die alte Pfänderhändlerdiplomatie, die bei den Bürgerlichen geschiebert ist, bei der Sozialdemokratie wieder anfangen. Wir müssen nach unseren Grundsätzen die Friedensfrage behandeln.

In diesem Zusammenhang hat die Schuldfrage eine andre Bedeutung, als Genossin Blos hier auseinandergesetzt hat. Die Vorwürfe gegen Bernstein in dieser Sache sind deshalb so ungerecht, weil Bernstein wohl am meisten im Auslande gegen die undurchführbaren Friedensbedingungen aufgetreten ist. Ich glaube, es war in den letzten Tagen wieder im „Daily Herald“, wo er ausdrücklich erklärt hat: Wir können solchen Frieden nicht freiwillig unterschreiben. Genosse Bernstein hat immer darauf hingewiesen, daß es eine Ungerechtigkeit ist, uns solchen Frieden zugumuten.

In der Schuldfrage müssen wir ferner dazu beitragen, die wirklichen Ursachen, die uns in den Krieg getrieben haben, aufzudecken. In der Resolution, die hierzu eingebracht ist, steht es ja ausdrücklich. Demgemäß müssen wir eine Mahnung an unsere Regierung aussprechen: das erste, was in der Schuldfrage geschehen muß, ist, daß die geheimen Berichte und Verträge veröffentlicht werden. (Zustimmung.) Ich begreife ja, weshalb die Regierung das noch nicht getan hat. Aber jetzt ist die Zeit für die Veröffentlichung gekommen. Darum so schnell wie möglich heraus damit an die Öffentlichkeit.

Auch in bezug auf unsere Bemühungen, die Friedensbedingungen möglichst zu mildern, haben Sie dem Genossen Bernstein wirklich himmelschreiendes Unrecht getan; nicht aus bösem Willen, sondern weil wir noch zu auf-

getragt sind. Wer sich den Gehaltengang von Bernstein mit Ruhe vergegenwärtigt, wer seine Wortklaubereien mit dem unglücklichen Ausdruck von den neun Zehnteln treibt, der wird finden, daß Genosse Bernstein gesagt hat: das deutsche Volk muß sich darüber klar sein, daß der Frieden ungeheure Härten haben wird, auch wenn er den Grundfäden von Wilson, den Geboten der Gerechtigkeit entspricht, wie es ja auch unsere eigene Regierung anerkannt hat, durch ihre Gegenvorschläge, die ungeheure Lasten dem deutschen Volke aufzulegen. Er hat dabei ausdrücklich auf die deutsche Antwort hingewiesen und gesagt: es sind Notwendigkeiten, mit denen sich das deutsche Volk abfinden muß, und dabei hat er den unglückseligen Ausdruck von den neun Zehnteln gebraucht.

Wenn man hiervon absteht, ist Genosse Bernstein kein Eingänger in der Friedensfrage. In seinem Bestreben, ein internationales brüderliches Zusammengehen aller Völker herbeizuführen, sind wir doch alle einig.

Ich komme nun zu dem, weshalb ich mich eigentlich zum Wort gemeldet habe. Wir stehen jetzt vor der Entscheidung der Friedensfrage. Die Fraktion hat beschlossen, daß wir die Friedensforderungen in dieser Form nicht unterschreiben können und daß das Volk selbst zur Abstimmung darüber aufgerufen werden soll. Wenn der Parteitag keinen Einspruch gegen diese Beschlüsse der Fraktion erhebt, muß daraus geschlossen werden, daß er die Stellung der Fraktion billigt. Genosse Braun-Nürnberg hat heute vormittag ausgeführt, mit welchen furchtbaren Folgen wir auch in dem Falle zu rechnen haben, wenn wir nicht die Friedensbedingungen unterschreiben. Genosse Scheidemann hatte im Hauptauschluß unmittelbar unter dem ersten Eindruck das wahre Wort gesprochen: Ob wir so oder so entscheiden — unendlich schwer wird das sein, was wir zu tragen haben. Ich habe in bezug darauf, ob wir die Friedensbedingungen schließlich doch unterzeichnen sollen, eine andere Stellung als die Fraktionsmehrheit eingenommen. Wer wir alle waren einig darin, daß die Friedensbedingungen, wie sie vorliegen, unter keinen Umständen durchgeführt werden können, daß es keine deutsche Regierung geben kann, die diese unmöglichen Friedensbedingungen durchführen könnte. Und wenn es zur Urabstimmung kommt, — an der Forderung muß unbedingt festgehalten werden, daß das deutsche Volk selbst diese Schicksalsfrage entscheidet —, dann haben wir eine Pflicht zu erfüllen; dann haben wir nach allen Seiten das Volk aufzuklären. Wir haben mit der großen Gefahr zu rechnen, daß eine nationalistische Strömung über uns kommt, was unsagbares Unglück gerade für die Arbeiterschaft, für die sozialistische Republik bedeuten würde. Aber in unsere Hand ist es gegeben: Wenn wir hier tatkräftig eingreifen, mit allem Nachdruck, rücksichtslos und schonungslos, ohne Scheu nach irgendeiner Seite, der Wahrheit die Ehre geben, wenn der Wahrheitsfimmel, Genosse Kummer, bei uns vollkommen zum Durchbruch kommt, überall bis in die kleinste Hütte, dann brauchen wir eine nationalistiche Strömung nicht zu fürchten, dann wird diese schwere Zeit zwar eine Zeit unsagbaren Elends sein, aber zugleich auch der Vorboten eines neuen Glücks für unser Volk. (Lebhafter Beifall.)

Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen.

Für den Antrag erhält das Wort

**Mitt-Nagdeburg:** Es wäre zweckmäßiger gewesen, schon heute früh die Debatte zu schließen unmittelbar unter dem Eindruck der trefflichen Ausführungen Adolf Brauns gegen Bernstein. Ich hatte damals schon den Antrag gestellt, die Geschäftsleitung hat mich aber gebeten, ihn einstweilen zurück-

zustellen, damit auch Gegenredner zum Wort kommen. Nachdem aber jetzt Genosse Hoch die Sache Bernsteins geführt hat, könnte wohl Schluß der Debatte eintreten, weil doch der Kern der Dinge erschöpft ist und die große Debatte sich schließlich in Kleinigkeiten verlieren könnte, ganz abgesehen von der Rücksicht auf die Geschäftslage.

**Bleiber-Hamburg:** Ich bin der Meinung, daß durch die letzte Mitteilung von dem Beschluß der Fraktion ein wesentliches Moment in die Debatte geworfen ist, das wohl noch der Klärung bedarf.

**Vorsitzender Heinrich Schulz:** Bevor ich über den Schlußantrag abstimmen lasse, teile ich mit, daß ein genügend unterstützter Wänderungsantrag zum Antrag 249 eingegangen ist, über den jetzt ebenfalls zu entscheiden ist. Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

**Vorsitzender Heinrich Schulz:** Wir kommen zu den Schlußworten. Ich darf wohl als Wunsch des Parteitages die Bitte an beide Referenten richten, die Schlußworte so knapp wie möglich zu halten.

**Bernstein:** Werte Genossen! Ihr habt mich gründlich Spießruten laufen lassen. Aber eins will ich Euch sagen: Ich bin alt genug in der Partei, es zu ertragen, wenn auf mich losgeschlagen wird, aber nicht alt genug, um es zu ertragen, wenn einer nach dem andern auftritt und gestützt auf eine Bemerkung, die nicht wahr ist, auf mich losschlägt. Ich habe hier das unkorrigierte Stenogramm meines Referats. Sie werden kein Wort darin finden, daß ich die Forderungen schlechthin oder einen großen Teil derselben, neun Zehntel kurzweg als gerecht anerkannt hätte. Gestatten Sie mir, meine Worte zu verlesen?

„Die Friedensbedingungen, die uns von den Alliierten aufgelegt werden, sind hart, sehr hart und zum Teil — das sage ich offen und habe ich in englischen Blättern, im „Daily Herald“ gesagt — einfach unmöglich. Aber auch Scheidemann hat das anerkannt: Die Notwendigkeiten eines großen Teils davon, die auch sehr schwer sind, erkennen wir an. Neun Zehntel davon sind Notwendigkeiten, neun Zehntel davon sind unabwendbare Notwendigkeiten...“ (Mufe: Na also, Anruhe.) Aber, um Himmelswillen, könnt Ihr nicht eine ruhige Debatte führen? Ich habe in der Rede selbst gesagt, Ihr könnt die Proportion bemängeln, sagt meinestwegen acht Zehntel. Ich wollte nur sagen: Ein Teil davon sind unabwendbare Notwendigkeiten, ja, ich könnte noch mehr sagen, Hoch hat gesagt, ein großer, ein schwerer Teil davon wird gedeckt durch die Wilsonschen 14 Punkte. Das wollen wir uns auch nicht verhehlen, daß ein großer Teil von dem, was die Regierung selbst zu erfüllen angeboten hat — ich selbst habe das Wort gebraucht von dem Angebot —, daß es außerordentlich schwer, beinahe unmöglich ist durchzuführen.

Ich will bei der Gelegenheit eins sagen: Genosse Hoch hat schon darauf hingewiesen, daß meine ganze Tätigkeit seit dem 9. November nur in einem bestand — daß ich mir sagte, wie jeder Sozialist sich sagen mußte: Jetzt gilt es, zusammenzusteigen, die ganze Sozialdemokratie (sehr richtig!), jetzt gilt es, die Streitzeit zu begraben, alles zu vergessen, was vorher zwischen uns vorgefallen ist, zusammenzusteigen, um die Deutsche Republik festzustellen. (Sehr richtig.) Dazu gehörte doch selbstverständlich auch die Erreichung möglichst günstiger Friedensbedingungen für das deutsche Volk (sehr richtig!); darum habe ich es allerdings sehr bedauerlich gefunden, daß man gezaubert hat, den Strich, der uns von dem alten System trennt, so dick wie nur möglich zu ziehen. Wenn ich die Schuld des alten Systems feststelle, dann sage ich nicht: wir, das deutsche Volk, sind schuld, sondern dann sage ich, diejenigen

sind schuld, die das deutsche Volk damals belogen und betrogen haben. (Sehr richtig!) Dann wälze ich die Schuld ab vom deutschen Volke. So ist meine Tätigkeit, soweit sie mir möglich war, in der ausländischen Presse bezw. ausländischen Fragern gegenüber gewesen. Gerade der „Daily Herald“, das neugegründete sozialistische Tageblatt der englischen Genossen, hatte mich gebeten, für die erste Nummer einen Artikel zu schreiben über die Kriegsbedingungen. Auf die Frage: Werden wir unterschreiben können? erwiderte ich: „Wie kann ich das unterschreiben, ohne den Grundrissen der Internationalen untreu zu werden und ohne Hunderttausende und Überhunderttausende meiner eigenen Landsleute zu verraten.“ Das habe ich in einem englischen Blatte geschrieben. (Bravo.)

Vor einer Woche wurde ich von einem Amerikaner für die Presse, „Daily Mail“ oder „Times“ interviewt — der Fragter, beiläufig ein Mann, der es mit Deutschland recht gut meint, Mr. White Williams, der ein Telegramm an die „Daily Mail“ geschickt hat, das auch aufgenommen ist, daß Oberösterreich überwiegend deutsch ist und deutsch bleiben sollte. Dieser Herr hat sich auch an mich gewandt. Ich habe gesagt, gut, schreiben Sie mir Ihre Fragen nieder — die Vorsichtsmäßigkeit gebrauche ich — dann werde ich Ihnen schriftlich Antwort geben. Ich weiß dann, was ich gesagt habe und bin sicher, daß kein Irrtum vorkommt. Da war nun die erste Frage: Wird Deutschland unterschreiben? Was war meine Antwort: „Wenn Deutschland nur eine Spur von dem hat, was man freien Willen nennt, nein.“ Die zweite Frage war: Wird Deutschland unterschreiben, wenn Oberösterreich deutsch bleibt? Darauf habe ich geantwortet: Wenn Oberösterreich bei Deutschland bleibt, wird Deutschland zweifelsohne in der Lage sein, eine Anzahl Forderungen zu erfüllen, die es sonst nicht erfüllen kann. (Sehr gut!) Ich zweifle aber, ob Deutschland dafür zu haben sein wird, für Oberösterreich die Rechte Westpreußens wegzuschächern.“ Seid doch sicher: Ich bin nahezu 50 Jahre im politischen Leben, ich weiß, was ich tue, und weiß auch, was ich sagen kann. Es haben mir verschiedene gesagt, ich hätte unseren englischen und französischen Genossen die größten Schwierigkeiten bereitet. Nun, ich will Ihnen sagen: Ich bin in der glücklichen Lage, mit den englischen Sozialisten beider Richtungen befreundet zu sein, mit dem radikalen Flügel und mit dem gemäßigten Flügel. Und ebenso in Frankreich genieße ich das Vertrauen der Genossen Thomas und Renaudel, aber auch des Genossen Louquet. Die haben mir noch nie einen solchen Vorwurf gemacht. Wenn gesagt wird, Snowden habe den Friedensvertrag als Schurkenstreich bezeichnet, nun, Snowden liebt es, sich etwas stark auszudrücken, und in England hat er vielleicht auch recht. Aber er weiß ganz gut, wenn ich zu meinem Volke in dieser ersten Situation spreche, dann habe ich auch ein abwägendes Wort darüber zu sprechen, was möglich ist und was nicht. Genosse Adolf Braun hat mir in seiner lebenswichtigen Art vorgeworfen, daß ich nicht auf die Einzelheiten der Friedensbedingungen eingegangen bin. Ich habe aus folgendem Grunde davon Abstand genommen. Ich weiß nicht, zu welchem Entschluß die Regierung in dem letzten Augenblick kommt, ob sie zu dem Entschluß kommt, nein zu sagen, oder in dem Bewußtsein der großen Verantwortung, die dieses Nein mit sich bringt, der ungeheuren Leiden, die unserm Volke bevorstehen, selbst wenn die Entente ruhig bleibt und nichts tut, wenn es bleibt, wie es jetzt ist, ob sie schließlich doch unter Verwahrung unterschreiben will. Und weil ich ihr da nicht in die Suppe spuden wollte, darum bin ich nicht auf Einzelheiten eingegangen.

Nun hat ein Teil der Genossen eine sehr lebenswürdige Art, zu diskutieren. Wenn ich sage: Omg hat den Krieg überfallen, dann sagen Sie: Ach,

du sagst, der Krieg sei ein Engel gewesen. Das habe ich aber gar nicht gesagt. Darum handelt es sich gar nicht, sondern darum, wer in jenen verhängnisvollen Tagen das Verbrechen begangen hat, die Dunte an das Pulverfaß zu legen. Es ist nicht richtig, wenn man sagt, es sei unmoralisch, die persönliche Frage zu stellen. So hat Marx niemals gehandelt. Wer seinen „18. Brumaire“ und andere politische Schriften gelesen hat, wird wissen, daß Marx sehr wohl unterschrieben hat zwischen den sozialen und politischen allgemeinen treibenden Ursachen und der Verantwortlichkeit der Persönlichkeiten. Eine Eigenschaft liegt mir durchaus fern: Ich bin noch nie in meinem Leben nachsüchtig gewesen, auch nicht gegen diejenigen, die damals die großen Verbrechen begangen haben. Es ist in der Resolution von Kagenstein die Forderung eines internationalen neutralen Schiedsgerichtshofs gestellt worden. Für mich ist das nichts Neues. Im Dezember 1916, als die Frage brennend war, ob Amerika in den Krieg eintreten werde, bin ich aufgefordert worden, eine Denkschrift zu verfassen, die dem Präsidenten Wilson vorgelegt werden sollte: Was Amerika für Europa tun kann. Die Denkschrift ist, ohne daß mein Name genannt wurde, von dem amerikanischen Gesandten Gérard in seinem Buche über das deutsche Kaiserthum abgedruckt worden. Ich habe damals gesagt: Was in diesem Augenblick, damals, aber auch heute noch, von größter Wichtigkeit für die Herstellung guter Verhältnisse zwischen den Völkern ist, ist, einmal die Frage der Verantwortungen vor einem neutralen Tribunal festzustellen, und ich habe dann bestimmte Vorschläge in dieser Richtung gemacht. In jener Zeit, wo der Haß auf beiden Seiten am stärksten war, wäre es von größter Wichtigkeit für die Völker gewesen, wenn sie von einem unparteiischen Tribunal ein Gutachten bekommen hätten, worin gesagt worden wäre, wo die Hauptverantwortung liegt. Nach meinem Erachten und meinem Wissen liegt sie allerdings bei denen, die damals Deutschland regiert haben und glücklicherweise nicht mehr hier sind.

Darum meine ich, kann der Trennungsstrich jenen gegenüber nicht stark genug sein. Wir würden nicht nur unseren Parteigenossen drüben, wir würden unserm eigenen Volke den größten Gefallen tun, wenn wir die Verantwortungen einmal feststellen würden. Eisner hat dem deutschen Volke keinen Schaden getan, als er die bayerischen Papiere veröffentlichte. Im Gegenteil. Außerdem habe ich hier eine Nummer der „Wiener Arbeiterzeitung“ vom 3. Juni, unmittelbar vor der Uebergabe der Friedensbedingungen. Sie schreibt da ganz offen:

Mag in anderen Ländern Maß und Verteilung der Schuld strittig sein: — was Oesterreich-Ungarn in den Krieg trieb, was des Weltkriegs erster Anlaß und tiefste Ursache war, das steht über allem Zweifel hinaus fest: es war die Gafarbeurpolitik der Habsburger, die bewußt und mit kaltem Jynismus das hohe Spiel um das Leben ihrer Untertanen einging, um ihre wankende Herrschaft in letzter Stunde vielleicht noch zu retten.

Das Kaiserhaus und seine Diener hatten dessen auch kein Hehl. Offen wurde ausgesprochen, man müsse Serbien demüthigen, um den seit dem Balkankrieg in Bosnien und in Kroatien schwelenden Brand zu ersticken. Die Ermordung Franz Ferdinands war bloß der gern ergriffene Vorwand. Schon vorher stand die Absicht fest, Serbien zu günstiger Stunde niederzuschlagen, schon während des Balkankriegs hat uns der Uebermut des Wiener Kabinetts zweimal hart an den Abgrund des Krieges gedrängt. Wie wenig aber Verschöb und Genossen daran zweifeln, daß der Krieg mit Serbien zugleich der Krieg mit Rußland bedeute, darüber legt der Depeschentausch mit dem Zaren deutlich Zeugnis ab. Man wagte

die Wahnsinnigkeit, weil man den inneren Zerfall der Monarchie als unaufhaltsam ansah, weil man glaubte, man habe ohnehin nichts mehr zu verlieren und könne doch vielleicht dank der militärischen Kraft Deutschlands dem lebensunfähigen und lebensunwürdigen Habsburgerstaate eine Salgenfrist von einigen Jahrzehnten gewinnen. Zur Spielerfrechheit gesellte sich der Spielerleichtsin.

Das schrieb die „Wiener Arbeiterzeitung“, dessen gewiß, daß sie dadurch das österreichische Volk nicht schädigte. Im Gegenteil, sie war sich dessen bewußt, daß sie dadurch dem österreichischen Volk einen Dienst erwies. Ich verstehe nicht, wie die Aussage der Wahrheit in diesen Dingen eine Schädigung des deutschen Volkes bedeuten soll. Bedauerlicherweise hat sich noch eine Sprachgewohnheit aus den Zeiten der Kabinettsdiplomatie erhalten, die viel Mißverstehen verursacht. Man spricht von Ländern wie von Persönlichkeiten, und wenn man von seinem Lande spricht, sagt man ohne weiteres „Wir“. Aber ein Land besteht aus Parteien, Klassen, Schichten der verschiedensten Art. Wenn ich sage, die damalige deutsche Regierung ist schuld, sage ich nicht: das deutsche Volk ist schuld, am wenigsten die deutsche Arbeiterklasse. Im Gegenteil, ich wälze die Schuld von ihr ab.

Wenn gesagt worden ist, ich stehe mit dieser Auffassung im deutschen Volke allein — die das sagen, sind nicht das deutsche Volk. Es sind nicht Zehntausende, es sind Hunderttausende im deutschen Volke, die so denken wie ich. Auch eine große Zahl von Arbeitern und Sozialisten, die der Partei angehören, denken gleichfalls so wie ich. Ich habe zufällig heute wieder den Brief eines Arbeiters aus Hamburg erhalten, der dasselbe sagt, was ich ausführte. Ich bin aber auch Mannig genug, unter Umständen mit meiner Auffassung allein dazustehen. Ich bedauere nur im Interesse der Gesamtpartei, daß ich hier fast isoliert dastehe.

Meine Resolution, die ich beantragt habe, soll zusammengestrichen und mit neuen Anträgen des Genossen Kapenstein verbrämt werden. Ich kann noch nicht übersehen, ob ich mich unter diesen Umständen damit einverstanden erklären kann. Gegen die Form, wie sie die Genossen Braun, Löbe usw. zusammengestrichen haben, hätte ich nichts einzuwenden. Es sind dieselben Gedanken ausgedrückt, nur ein Teil ist weggeblieben. Wir kam es vor allem auf die Stellung zur Internationale an. Ich bedauere nur, daß die Bedeutung der Internationale von verschiedenen Rednern so gering angeschlagen worden ist. Gewiß, die Nachfrage liegt so, daß im Augenblick unsere Genossen in Frankreich und England nichts Endgültiges gegen diese Friedensbedingungen ausdrücken können. Wenn gesagt worden ist, sie sind nicht einmal vorgelassen worden, so habe ich Grund, so sagen, Manchen den man nicht durch die Vordertür einläßt, hört man im Hinterzimmer. Entscheidend ist aber folgendes: In diesen Ländern ist eine starke Bewegung der Opposition. In ein, zwei Jahren gibt es dort Neuwahlen, und was England anbetrifft, so ist die Meinung sehr stark vertreten, daß die Neuwahlen dort einen Umschwung im Parteileben bringen werden. Alle die Nachwahlen deuten darauf hin, es ist deshalb sehr möglich und wahrscheinlich, daß in England eine andere Regierung ans Ruder kommt, und zwar eine Koalitionsregierung aus Liberalen und Arbeitern. Ich erinnere daran, daß im Jahre 1906, als die Liberalen zur Regierung kamen, ihre erste Tat die Umstößung des Friedens mit den Buren gewesen ist; die Buren erhielten durch Umstößung des Friedens — ich weiß im Augenblick nicht seinen Namen — ihre volle Selbstregierung zurück; ähnliches könnte sich auch bei dem jetzigen Friedensschluß ereignen. Was Frankreich betrifft, so weiß ich von sehr einflußreichen Politikern, die vor dem Kriege in der auswärtigen Politik Frankreichs eine Rolle gespielt haben, daß dort mit einem ähnlichen

Umschwung zu rechnen ist. Deshalb braucht man diese Zusammenarbeit nicht gar so pessimistisch zu beurteilen, weangleich man sich auch noch nicht Illusionen hingucken braucht. Die Fragen, mit denen wir uns beschäftigen, sind so wichtiger Art, daß wir kein Casardspiel damit treiben dürfen, sondern uns fragen müssen, was gewinnen wir beim Ja, was verlieren wir beim Nein. Ich habe der Entscheidung nicht vorgreifen wollen, sondern wollte nur dahin wirken, daß Verhältnisse geschaffen werden, daß die deutsche Sozialdemokratie in der Welt dasteht rein von allem Vorwurf, als bester Wahrnehmer der Interessen des deutschen Volkes. (Lebhafte Beifall eines Teiles des Parteitage.)

Schreibemann: Sie werden am Schluß dieser Aussage noch besser verstehen als vorher, warum ich mich nur ganz kurz über die auswärtige Politik ausgelassen habe. (Beifall.) Es ist hier im Augenblick besser, zu wenig zu sagen, als zu viel. (Lebhaftes Sehr richtig!) Sie haben von dem Genossen Bernstein gehört, daß er in einer höchst unglücklichen Bemerkung über die Friedensbedingungen mißverstanden sein will, daß er sie nicht so gemeint haben will. Genosse Bernstein hat damit einen Unfall erlitten, der keinem erpart bleibt, der in seiner Art verfährt. Was er dem „Dailly Herald“ geschrieben hat, ist gewiß vernünftig und verständig, aber was glauben Sie, daß man in England von dem Genossen Bernstein denken wird, wenn man hört, daß er auf dem Parteitage genau das Gegenteil über die Friedensbedingungen gesagt hat. (Lebhaftes Zustimmung.) Das versteht doch kein Mensch. Bernstein bemüht sich als internationaler Sozialist mit Recht, die Gegner zu verstehen. Das wollen wir ja alle! (Sehr richtig!) Aber Bernstein geht doch in diesem Bestreben bis zu einem Punkt, wo er — verzeihen Sie mir das Wort — geradezu in Verwirrung umschlägt. Bernstein ist in der Beurteilung der Gegner geradezu ein Engel der internationalen Gerechtigkeit. Gleichzeitig ist er aber für uns ein Abokat des Teufels. Er stellt uns schlämmer dar, als das durch unsere schlammigen Feinde geschehen könnte. Ich achte die Bestimmung, aus der Bernstein zu seinen unglückseligen Gedankengängen gekommen ist. Ich möchte aber wünschen, daß auch nur eine Spur dieser Bestimmung bei den Sozialisten der Entente zu erkennen wäre. (Lebhaftes Sehr richtig!) Dann würden wir kein Wort des Vorwurfs über unsere Haltung hören. (Lebhaftes Beifall.) Bernstein spricht aber nicht zugunsten der Internationale, sondern verteidigt in seiner Liebergerechtigkeit sogar schon die feindlichen Imperialisten. (Lebhaftes Beifall.)

Nun zu Cohen und seiner Kontinentalpolitik. Er hat sich hier sehr harmlos gegeben. So verhalten sich die Kontinentalpolitiker aber nicht, wenn sie unter sich sind. Wer hat von uns nicht den Wunsch, in ein möglichst gutes Verhältnis zu den Polen und zu den Franzosen zu kommen! Wo sind hier die Feinde des polnischen oder des französischen Volkes? Wenn wir uns gegen die feindlichen Imperialisten wenden, so geschieht das, weil diese doch ganz einfach die Feinde ihrer eigenen Völker sind. (Lebhaftes Zustimmung.) Was die Kontinentalpolitiker immer beschweigen, ist die Tatsache, daß ihre Gedankengänge genau dem Programm des Münchener Bundes zur raschen Niederverwerfung Englands entsprechen, daß sie übereinstimmen mit den Gedankengängen Bernhards in der „Rösischen Zeitung“ und des Grafen Reventlow, dessen Geistesverwandtschaft mit Reventlow ihm während des Krieges seitens der Antisemiten — ich bin kein Antisemit — den Beinamen Reventlow eingetragen hat. (Geistes.) Wenn wir die Liste der Kontinentalpolitiker genauer durchsehen, so können wir feststellen, daß sich sämtliche Vertreter des unbeschränkten U-Bootkrieges zu Lande dort ein Stelldichein gegeben haben. Das ist im höchsten Grade bedächtig. (Lebhaftes Zustimmung.) Ich bedauere, daß Genosse

Cohen sich hier so zurückhaltend gegeben hat; so verhält er sich gewöhnlich nicht. Der Führer dieser Gruppe, der sozialdemokratischen Aktivistin oder der Revisionisten, wie sie sich nennen, hat an anderer Stelle, beispielsweise in dem neuesten Heft der mir vorliegenden „Sozialistischen Monatshefte“ viel weniger Zurückhaltung geübt. Der Führer der Kontinentalpolitiker, der Genosse Cohen, schreibt dort u. a.: „Die sozialdemokratische Partei befindet sich in einer üblen Lage. Sie ist auf dem besten Wege, geistig und politisch zu erstarrten. Die kräftigsten Elemente laufen ihr davon, und die Zurückbleibenden gehen nur schwer und ungern an die politische Arbeit.“ Und weiter heißt es: „Der Partei muß von innen heraus neues Leben gebracht werden, von innen heraus muß sie umgestaltet werden,“ und weiter: „Geschieht das nicht, dann werden die sozialistischen Aktivistin energisch weiterarbeiten und die Partei aus der Stagnation herauszuführen suchen.“ (Lebhafte Bewegung. — Hört, hört!) Was wir zu erwarten hätten, wenn die Politik des Genossen Cohen von der Partei aufgenommen werden würde, darüber kann bei niemand Zweifel bestehen. Der Führer der Kontinentalpolitiker, eben der Genosse Cohen, war aber nicht nur ein U-Boot-Mastabäer, sondern er hat unsere Arbeit in der schwierigsten Zeit der Geschichte der letzten Monate noch in anderer Weise schwer geschädigt; er ist es gewesen, der in der schwierigsten Zeit die preussischen Arbeiter mit dem Pluralwahlrecht abspießen wollte. (Große Bewegung, lebhafteste Entrüstungsrufe.) Wenn wir in der Reichskanzlei vortraden und das gleiche Wahlrecht für Preußen verlangten, dann mußten wir uns sagen lassen: Sie können es uns doch nicht verübeln, wenn wir nicht so sehr überzeugt sind von der Notwendigkeit des Reichstagswahlrechts in Preußen. Die Arbeiterschaft steht ja nicht einmal geschlossen hinter Ihnen. Ebenso vertritt man innerhalb Ihrer Fraktion ja die Auffassung, daß die Arbeiter auch mit einem Pluralwahlrecht zufrieden sind. Auf der einen Seite der U-Boot-Krieg, auf der anderen Seite das Pluralwahlrecht für die Arbeiter — so sieht der Aktivismus aus, der die Partei mit sich reißen will (Anhaltende starke Bewegung.) Davon kann keine Rede sein. Wir haben an dem ersten Punischen Kriege genug und wollen keine diplomatische Vorbereitung des zweiten Punischen Krieges. Was wir wollen, ist ein ehrlicher Friede, der im Interesse der deutschen Arbeiter liegt. (Lebhafte Beifall.) Nichts ist unsozialistischer als die Kontinentalpolitik. Wir treten ein für internationale sozialistische Politik! Wir verlangen gleiches Recht für unser Volk mit allen Völkern. Der Weg dahin ist noch nicht frei. Deshalb rufe ich Euch zu: Genossen, haltet Euch bereit! (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Vors. Heinrich Schulz: Die Debatte ist geschlossen. Zur persönlichen Bemerkung hat das Wort Genosse

Otto Braun: Ich habe meine persönliche Bemerkung schon zu Beginn der Mittagspause machen wollen. Es handelt sich lediglich um eine Nichtigkeitslung. Mir ist heute vormittag ein Lapsus unterlaufen, als ich im Hinblick auf Vernsteins Ausführungen über die historische Berechtigung der Angliederung deutschen Gebiets an Polen gesagt habe, sie hätten nie zu Polen gehört. Das ist falsch. Ich habe sagen wollen, daß Oberschlesien und die sonst erwähnten Gebiete 1772 und später nicht zu Polen gehört haben.

Cohen (persönlich): Genosse Scheidemann hat mir den persönlichen Vorwurf gemacht, ich sei zurückhaltend gewesen. In zehn Minuten muß man zurückhaltend sein. Ich würde mich freuen, wenn ich einmal Gelegenheit hätte, mich mit ihm ausführlich auseinanderzusetzen. Er hat mir dann vorgeworfen, ich hätte irgendwo geäußert, die Arbeiterschaft wäre mit einem Pluralwahlrecht zufrieden. (Scheidemann: Das haben Sie uns berichtet!) Das habe ich

ihnen niemals berichtet. Ich habe einmal mit einem Mitglied der Reichsregierung eine Unterredung gehabt, in der ich dieses Mitglied der Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht habe, daß es vom Standpunkte der Regierung aus richtig sei, wenn sie mit Vorschlägen für die Umänderung des Wahlrechts beginne und nicht warte, bis die Arbeiter es sich durch irgendwelche Umwälzungen selbst erringen, ein Standpunkt, der immer von uns innegehalten worden ist. (Widerspruch.) Wenn dabei der betreffende Herr, was ich heute nicht mehr genau weiß, seinerseits den Vorschlag gemacht hat, dann könne man ein Pluralwahlrecht bringen, dann habe ich mit Bestimmtheit darauf gesagt, daß ich das nicht für richtig halten würde, daß man aber auf alle Fälle einen Anfang machen müsse.

Die Fülle der unrichtigen Angaben, die Genosse David gegen mich vorgebracht hat, kann ich unmöglich im Rahmen einer persönlichen Bemerkung berichtigen; ein paar der größten Anschuldigungen muß ich aber berichtigen. Genosse David hat es so dargestellt, als ob ich hier oder irgendwo den Vorschlag gemacht hätte, man brauchte den Franzosen nur Vorschläge zu machen, dann würden sie die Liebenswürdigkeit haben, diese Vorschläge anzunehmen. Es ist mir nicht eine Sekunde eingefallen, eine so phantastische, naive Vorstellung zu haben.

Ich habe im Gegenteil fast wörtlich gesagt: Wir wußten, daß Frankreich, das am meisten durch den Krieg betroffen war, die größten Ansprüche für die Wiedergutmachung an uns stellen würde; infolgedessen war es nötig, daß wir nicht sechs Monate warteten, bis der Friedensvertrag unter großen Mören fertig wurde, sondern daß wir schon vorher Frankreich Mittel und Wege wiesen, mit deren Hilfe die Wiedergutmachung am besten möglich sei. Ich habe gesagt, daselbe tue ja heute unsere Delegation. Deshalb haben wir gewartet und sechs Monate lang nichts getan?

Dann hat Genosse David mir vorgeworfen, ich hätte in einer Hauptauschuss-sitzung des Reichstages Polen an das zaristische Rußland ausliefern wollen. Davon ist nicht ein Wort wahr. In jener Sitzung war von der Selbständigkeit Polens die Rede, und da habe ich gefordert, daß diese Selbständigkeit nicht nur durch die Sieger Deutschland und Oesterreich entschieden werden könne, sondern nur im Einverständnis mit Rußland dem Mutterland von Polen. Daselbe verlangen wir ja jetzt für unsere Ostprovinzen. Es ist bezeichnend, daß Genosse David diese objektive Haltung dadurch zu vermindern sucht, daß er die Aeußerung eines chaubinnischen polnischen Abgeordneten dazu benutzt, um gegen mich Stimmung zu machen. Die Genossen David und Scheidemann haben mich als einen Anhänger des U-Bootkrieges hingestellt. David hat so getan, als ob ich Propaganda dafür gemacht hätte. Das ist nicht wahr. Wahr ist, daß ich genau wie die sozialdemokratische Partei den U-Bootkrieg grundsätzlich aus ethischen Bedenken niemals abgelehnt habe und daß ich weitergehend als die Fraktion, gesagt habe: Der U-Bootkrieg könne gemacht werden und sei vernünftig, wenn vorher durch eine Verständigung mit dem Osten die russische Küstenbedeckung vorhanden sei. (Lachen und Zurufe.) Ich meine, ein U-Bootkrieg unter bestimmten Voraussetzungen ist dieselbe Haltung, die die sozialdemokratische Fraktion eingenommen hat, die ihn auch nicht grundsätzlich für alle Zeiten abgelehnt hat.

Dann hat Genosse David es dargestellt, als ob ich von dem Selbstbestimmungsrecht als von einer Phrase gesprochen hätte. Das tut derselbe David, dem die Erluchtung über das Selbstbestimmungsrecht erst in Stockholm gekommen ist. Ich habe David darauf aufmerksam gemacht, daß es bei der russischen Mandatsstaatenpolitik Leute gäbe, die eine vollständige Abtrennung wünschten, und ich habe gesagt, das ist die Minderheit, und es ist falsch,

wenn wir diese Minderheit unterstützen, weil wir uns dadurch Rußland zu unserem Lobfeinde machen. Weil nur mit Unterstützung Rußlands überhaupt ein einigermaßen guter Ausgang des Krieges für uns möglich war, habe ich in dem Zusammenhang gesagt: Ich stehe unter Umständen auf das Selbstbestimmungsrecht all dieser Randländer, wenn dabei das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zugrunde geht. Das halte ich auch heute noch aufrecht.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich bitte, bei den persönlichen Bemerkungen sich streng daran zu halten, daß nur die für unrichtig gehaltenen Behauptungen zurückgewiesen werden.

Schreibemann (persönlich): Die Auseinandersetzung mit Genossen Cohen, die sich leider im Rahmen persönlicher Bemerkungen bewegen muß, da er heute nachmittag von allen diesen Dingen geschwiegen hat, ist doch von großer Bedeutung. Ich hätte darauf verzichtet, aber nach seiner Bestreitung muß ich folgendes sagen: Cohen wirkt mir gegenüber die Frage auf, ob ich mich aller privaten Unterredungen erinnere, die ich im Laufe des Jahres gehabt hätte. Diese Frage kann ich natürlich nur mit einem Nein beantworten. Bei den zahllosen Unterredungen, die wir Tag für Tag an amtlichen und privaten Stellen hatten, wäre das ein Ding der Unmöglichkeit. Aber die Unterredung, auf die ich mich hier beziehe, steht nicht nur in meinem Gedächtnis, als wenn sie vor 10 Minuten in mein Ohr geklungen wäre, sondern diese Unterredung ist sofort, nachdem der Genosse Cohen dem Genossen Ebert und mir den Bericht über seine politische Tätigkeit in der Reichskanzlei erhalten hatte, niedergelegt worden. Dieser Bericht, den uns Cohen darüber erstattete, war für uns so empörend, daß wir gewaltsam an uns halten mußten, weil wir die Meinung hatten, den Genossen Cohen zur Tür hinauszuschmeißen. (Hört, hört!) Cohen kam und sagte — das Protokoll steht, wie gesagt, einwandfrei da, und Genosse Cohen wird, wenn er es liest, auch nicht die Dreistigkeit haben, seine Nichtigkeit zu bestreiten —: Es war am 3. Oktober des Jahres 1914 zwischen 2 und 3 Uhr. Da kam Genosse Cohen in unser Bureau, um uns zu erzählen: Ihr dürft es mir nicht übelnehmen, wenn ich Euch ein wenig in die Politik hineinpfeife. In einer solchen Zeit wie jetzt dürft Ihr nicht etwa Euch als Instanz ansetzen, neben der niemand anders an amtlichen Stellen politische Fortschritte zu erringen versuchen dürfe. Ich war überzeugt, jetzt kommt etwas ganz Phänomenales, denn ich hatte im Laufe der Zeit die Erfahrung mit Cohen gemacht: was er politisch angefaßt hat, war nichts — ich will kein häßliches Wort gebrauchen — es war nichts. Alles zerfließt dem Mann unter den Fingern, was er politisch tut, weil er einer der unglücklichsten Menschen ist, die in die Politik hineingeschnitten sind, ohne daß sie ihnen liegt. — Er erzählt also weiter: Durch seine familiären Beziehungen, an die wir auch heute noch nicht glauben, zum Staatssekretär Solf, sei er in die Möglichkeit versetzt worden, mit dem Chef der Reichskanzlei, Herrn Bahnschaffe, in Verbindung zu treten. Er habe Bahnschaffe in der Reichskanzlei aufgesucht, um mit ihm zu reden über das, was jetzt innerpolitisch geschehen müsse. Wir hätten doch die Kriegskredite bewilligt, was würde danach nun eigentlich im Innern? Darauf hat ihn der Herr Bahnschaffe sehr verständlich geantwortet: Erlauben Sie mal, Sie haben doch wohl die Kriegskredite nicht bewilligt, um dafür etwas einzutauschen. (Zurufe von Cohen.) Bitte, ich zitiere nach dem Bericht, dessen Inhalt später von dem Chef der Reichskanzlei bekräftigt worden ist. — Darauf Cohen: Immerhin, Wahlrecht usw., in Preußen muß was geschehen. — Darauf Bahnschaffe: Na, erlauben Sie. Sie müssen es doch verstehen, wenn ich Ihnen ehrlicherweise sage, daß weder der Reichskanzler noch ich das Reichstagswahlrecht für Preußen für richtig

halten, wir sind Gegner dieses Wahlrechts. — Darauf Cohen: Das verstehe ich durchaus, aber ich bin jetzt überzeugt, Sie können auch die deutschen Arbeiter zufriedensstellen mit einem Ruralwahlrecht. (Hört, hört!) Nichts anderes, als was ich vorher gesagt habe. Als neulich Cohen in irgendeiner aktivistischen Versammlung die Gruppen, deren Organ die „Woskische Zeitung“ ist, um sich versammelt hatte, da redete er von der Heuchelei und der angeleglichen Zweideutigkeit der Regierung. Deshalb halte ich mich für verpflichtet, heute zu sagen, daß es sich die deutsche Arbeiterschaft nicht gefallen lassen soll, daß Leute, die derartig hinter den Kulissen Politik gemacht haben, die uns abspießen wollten mit einem Ruralwahlrecht, jetzt kommen als die großen Regeneratoren der sozialdemokratischen Partei. Nein, wenn die Partei etwas gebraucht, dann ist es Einigkeit und feste Entschlossenheit, aber was sie nicht gebrauchen kann, das ist die politische Zweideutigkeit, das ist das Arbeiten hinter den Kulissen der Cohen und Komjarten. (Stürmischer Beifall.)

Dr. David (persönlich): Genosse Cohen hat in seinen persönlichen Bemerkungen gesagt, seit wann ich denn für das Selbstbestimmungsrecht sei, in Stockholm sei ich es noch nicht gewesen. Wenn Sie das Memorandum von Stockholm nachlesen wollen, so werden Sie finden, daß es aufgebaut ist auf der Grundlage der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts, daß dort insbesondere schon das Selbstbestimmungsrecht der Finnen und Polen ausdrücklich genannt ist. Er meint jetzt, das seien doch nur wenige Leute in den Randstaaten gewesen, die das Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Loslösung von Rußland gewollt hätten. Die ganze nachfolgende Entwicklung und die heutigen nationalen Kämpfe unserer Parteigenossen überall dort zeigen, daß es nicht wenige sind, sondern daß die Bevölkerung in ihrem Groß für nationale Unabhängigkeit kämpft.

Er hat mir weiter vorgeworfen, ich hätte mich in einem diametralen Gegensatz zur Wahrheit gesetzt in folgenden Punkten. Er habe nicht gesagt, daß die Franzosen so liebenswürdige Leute seien, denen man bloß ein zärtliches Wort zu sagen brauche, und dann seien sie gleich bereit, mit uns Frieden und Freundschaft zu schließen.

Er griff Erzberger an, weil er in der Waffenstillstandskommission eine ganz verkehrte Politik getrieben habe und so daran schuld sei, daß die Franzosen uns gegenüber so exorbitant harte Forderungen gestellt haben. Darauf habe ich darauf hingewiesen, daß das den Tatsachen ganz widerspricht, daß es Illusion ist, zu glauben, daß die Franzosen bereit gewesen wären, uns irgendwie annehmbare Bedingungen zu stellen, wenn man schon während der Waffenstillstandsverhandlungen ihnen irgendwie so oder so etwas Liebenswürdiges gesagt hätte. Die Tatsache, daß Cohen seine Politik aufbaut auf eine ganz unhaltbare illusionäre Anschauung über die Absichten der französischen Imperialisten und Militaristen bleibt bestehen. Zweitens: er habe im Anschluß nicht gegen die Unabhängigkeit der Polen gesprochen, sondern er habe nur verlangt, daß man die Russen dabei auch fragen solle. Er hat uns heute früh selbst entwickelt, daß er gegen die Unabhängigkeit Polens gewesen sei, und noch heute es für den schwersten Fehler der Reichsregierung halte, daß man die nationale Unabhängigkeitsbewegung der Polen anerkannt habe. Ich sehe also wirklich nicht ein, wo der Widerspruch liegen soll. Er gibt dann selbst zu, er habe im Hauptsausschuß allerdings gegen die Selbständigkeit der Polen gesprochen, und dort habe ihm der polnische Abgeordnete den Widerspruch gemacht. Ich glaube, damit sind die Tatsachen doch von ihm selber erhärtet, wie ich sie heute mitgeteilt habe. Schließlich soll ich auch in Bezug auf den U-Boot-Krieg das diametrale Gegenteil der Wahrheit gesagt haben. Sie haben ja selber keine Auslegung gehört. Erst habe man die Rücken-

bedung gegen Rußland haben müssen, um dann mit dem U-Boot-Krieg gegen England vorzugehen. In der Fraktion hat er ja auch immer diese Rückenbedingung politisch dargelegt. Aber als die Entscheidung kam, war sie ja nicht da, und trotzdem trat er für den rücksichtslosen U-Boot-Krieg ein und wollte die Fraktion auf diesen Weg führen.

Damit glaube ich genügend bewiesen zu haben, daß nicht das, was ich gesagt habe, diametral der Wahrheit entgegengesetzt war.

**Cohen-Reuß:** Ich überlasse es dem Parteitag zu entscheiden, ob das, was David zuletzt festgesetzt hat, dasselbe war wie das, was er vorher gesagt hat. Jeder, der sich eine Spur von Objektivität bewahrt hat, wird mir zugeben, daß er eine ganze Menge Dinge dabei verschwiegen hat, z. B. den Umstand, der für mich die Voraussetzung eines U-Boot-Krieges, die Verständigung mit Rußland. (Brücker: Wiederbelebungsversuche erfolglos! Große Heiterkeit.) Es ist noch nicht aller Tage Abend, warten Sie ruhig einmal ab.

Zu den Bemerkungen Scheidemanns muß ich das Folgende sagen: Ich will mich jedes Urteils darüber enthalten, welche besondere Art es ist, von einer Unterredung, die man mit jemand gehabt hat, eine Denkschrift anzufertigen und sie gelegentlich einmal zu benutzen, ohne dem Betreffenden vorzulegen, was man hineingeschrieben hat. Ich überlasse die Beurteilung dieser Art der Kampfesweise ganz ruhig Ihnen. Ich habe mit solchen Mitteln noch nicht gekämpft. Wie unrichtig aber die Denkschrift sein muß, wie sie von Fehlern wimmeln muß, geht aus Folgendem hervor. — Wenn der Chef der Reichsliste den Inhalt der Niederschrift bestätigt hat, so muß doch Scheidemann mit ihm darüber gesprochen haben. Jedenfalls kann der Chef der Reichsliste den Inhalt einer mit mir gehaltenen Unterredung, den Scheidemann niedergeschrieben hat, ihm nur bestätigen, wenn sie ihm Scheidemann vorgelegt hat, aber wenn Scheidemann mit ihm darüber gesprochen hat. Wie falsch der Inhalt aber ist, geht daraus hervor, daß ich gesagt haben soll, ich hätte familiäre Beziehungen zu Herrn Solf. Nun weiß ich genau, daß das nicht der Fall ist. Ich habe nicht familiäre Beziehungen zu Herrn Solf. Glaubt aber ich, ich habe Beziehungen zu Herrn Solf, mit dem ich durch meinen Bekannten zusammenkam. (Große Heiterkeit.) Sie scheinen sich doch die Sache zu leicht zu machen. Beziehungen zu Herrn Solf hat auch Scheidemann, das haben sehr viele von uns, aber das sind keine familiären Beziehungen, familiäre Beziehungen sind verwandtschaftliche Beziehungen. Aus dieser Tatsache geht hervor, wie leicht man dadurch, daß man einen Begriff in einen ähnlichen verwandelt, die Sache umfälschen kann. Daher können Sie ersehen, welchen Wert überhaupt diese Denkschrift hat, die man mir nicht einmal vorgelegt hat.

**Scheidemann:** Sie haben die Art des Genossen Cohen erlebt, der hier einfach die Behauptung aufstellt, ich hätte erklärt, daß die Aufzeichnungen Herrn Wahnschaffe vorgelegen hätten. Ich habe in Wirklichkeit gesagt, daß das, was Cohen Ebert und mir, den Vorsitzenden der Partei und der Fraktion offiziell damals berichtete, uns von so ungeheurer Wichtigkeit erschien, daß es von uns pflichtgemäß niedergeschrieben werden mußte. In einer späteren Unterhaltung mit Herrn Wahnschaffe kamen wir durchaus nicht auf diese Unterredung zurück, aber aus dem ganzen Inhalt jener Unterredung gewannen wir die festeste Ueberzeugung, daß Cohen uns ganz wahrheitsgemäß berichtet hatte über das, was er mit Wahnschaffe erlebt hatte. Genau dieselben Worte, die er damals bei uns gebraucht hatte und die wir niedergeschrieben hatten, wiederholten sich bei Herrn Wahnschaffe in der Unterredung mit uns. Als wir nämlich später hingingen und innere Reformen im Reich verlangten,

da sagte uns Herr Wahnschaffe, er verstehe gar nicht die Heftigkeit und Nachdrücklichkeit, mit der wir das gleiche Maßrecht für Preußen verlangten, wir könnten doch nicht etwa die Behauptung aufstellen, daß die ganze Fraktion dabei hinter uns stände, denn aus der Fraktion heraus sei ihm doch gesagt worden, daß man mit dem Pluralwahlrecht die Arbeiter schließlich zufriedustellen werde! Wenn Cohen sich darüber empört hat, daß wir eine Niederschrift machten, so frage ich Sie alle: ist es nicht in einer solchen kritischen Situation, in der wir damals lebten, geradezu ein Akt absoluter politischer Notwendigkeit, das zu tun? (Lebhafte Zustimmung.) Das wäre aber niemals an die Öffentlichkeit gekommen, wäre unter uns geblieben, wenn Genosse Cohen nicht fortgesetzt draußen herumreden würde in allen Berliner Versammlungen und uns der Zweideutigkeit bezichtigte.

**Vorsitzender Heinrich Schulz:** Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge 242 und 244. Dem äußeren Eindruck nach ist 242 der weitergehende, weil er viel länger ist, inhaltlich aber ist der Antrag 244 weitergehend, weil er als neu den Protest gegen den Gewaltfrieden enthält. Ich schlage deshalb vor, daß wir zuerst über den Antrag 244 abstimmen. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Zu diesem Antrag gehören die Abänderungsanträge Kapenstein (249).

Antrag 249 wird angenommen, ebenso einstimmig die so veränderte Resolution 244. Damit ist die Resolution 242 erledigt.

Hierauf wird die gestern abend abgebrochene Debatte über den Bericht des Parteivorstandes fortgesetzt.

**Tietemann-Düsseldorf:** Durch den Vorstandsbericht ging ein frischer Zug. Es war gut, daß er selbst auf die schwärzenden Stellen unserer Politik hinwies. Genosse Wels hat mit Recht auf die Schwierigkeiten unserer Politik hingewiesen und hat manches gesagt, was neu war und zweifellos den Weisfall der Genossen im Lande finden wird. Wir müssen aber hierbei auf die Unterlassungen des Parteivorstandes zurückkommen. Die Genossen im Lande rufen, nein, schreiben förmlich nach Material, um sich in den Betrieben gegen die Verleumdungen der Unabhängigen wehren zu können. Mit diesem Aufklärungsmaterial über die schwierige Stellung unserer Partei unter den heutigen Verhältnissen ist das Land im Stiche gelassen worden. Ich erkenne gern an, daß es verständlich ist, in dieser Zeit das Vaterland über die Partei zu stellen. Wenn uns aber die Massen dadurch nach links entgleiten, so ist dem Vaterlande auch nicht gebient.

Genosse Wels hat auch eine Warnungstafel für die Ministergenossen errichtet. Das hätte schon früher geschehen müssen, und wenn der Vorstand beiläufig, daß in den Freistaaten — hier wird hauptsächlich Preußen zu nennen sein — noch zu viel Moderatheit vorhanden ist, so muß man fragen: was trägt die Schuld? Meines Erachtens vor allem das, daß wir in Preußen drei Minister haben, die ganz auf dem rechten Flügel unserer Partei stehen. Zwei standen immer da, und der eine ist schnell von links nach rechts geflohen. Man wird auch den Eindruck nicht los, daß nicht immer bei den Ministern Hand in Hand gearbeitet wird, und daß dadurch unsere Tätigkeit im Lande sehr erschwert wird. Dort, wo sich die Minister von den Verhältnissen meistens lassen und nicht verstehen, etwas Geschickte zu machen, muß ihnen vom Parteivorstand nahegelegt werden, die üblichen Gesandtschaftsreisen vorzuschreiben.

Der Parteivorstand muß also dafür sorgen, daß auch nach außen in die Erscheinung tritt, daß wir als Sozialdemokraten die alten geblieben sind.